

# Strategische Konzepte für Donbass – Krim

Global Governance im Diskurs (VIII)

## Inhalt

### Vorwort

- Vorbemerkungen und Übersetzungen von RAINER BÖHME 3

### Kolumne der 'Komsomolskaja Prawda' von ZHANG HANHUI

- **Botschafter Chinas in Russland:**  
„Hegemonie und Politik der Stärke – Quelle der Instabilität“  
(Übersetzung a. d. Russischen) 6

### Interview 'The National Interest' mit KONSTANTIN REMTSCHUKOW

- **„Russland ist vollständig vom Westen abgeschnitten“** 14  
(Übersetzung a. d. Englischen)

## Dokumentation

### Mitteilungen der Präsidentialverwaltung der Ukraine:

#### **'Zum Donbass'** (Übersetzung a. d. Ukrainischen)

- **Erlass 'Zur Anti-Terror-Operation im Donbass'** 20  
№ 405/2014 des Präsidenten d. Ukraine v. 13. April 2014
- **Gesetz 'Zur Wiedereingliederung des Donbass'** 21  
№ 2268-VIII mit ANHANG v. 18. Jan. 2018 38

### Portal für Rechtsinformationen der Russischen Föderation:

#### **'Zu Antwortsanktionen'** (Übersetzung a. d. Russischen)

- **Erlass № 252** des Präsidenten der RF (v. 3. Mai 2022) 51
- **Verordnung № 851** der Regierung d. RF (v. 11. Mai 2022) 53

### Textoriginale (russisch, englisch, ukrainisch)

1. Kolumne 'Komsomolskaja Prawda' von Botschafter ZHANG H., 8. Apr. 2022 58
2. Interview 'The National Interest' mit K. REMTSCHUKOW, 7. März 2022 66
3. Zur Anti-Terror-Operation' – Erlass № 405/2014, vom 13. April 2014 71
4. Gesetz über die Wiedereingliederung des Donbass, 18. Januar 2018 72
5. Erlass № 252 d. Präsidenten d. RF über Antwortsanktionen, 3. Mai 2022 99
6. Verordnung № 851 d. Regierung d. RF, z. Erlass № 252, 11. Mai 2022 102

## Anmerkungen zu den Übersetzungen

Dokumente und Institutionen sind in *kursiv* gesetzt und Namen in KAPITÄLCHEN ausgeführt. Häufig verwendete Begriffe sind in Versalien abgekürzt.

Erklärungen und Ergänzungen des Übersetzers sind in eckigen Klammern [...] und Fußnoten gezeigt. Militärische Fachbegriffe entsprechen den Empfehlungen aus dem „Militärwörterbuch Russisch–Deutsch“ (Militärverlag der DDR, Berlin 1979).

Die semantische Unterscheidung der Wörter 'russisch' (ru. 'русский' – sprachliche Ethnie) und 'rusländisch' (ru. 'российский' – Russland als Vielvölkerstaat) ist in der Übersetzung zugunsten semantischer Klarheit der politischen Aussage mit Genitiv umschrieben oder in der Schreibweise berücksichtigt.

Die deutschen Arbeitsübersetzungen umfassen:

- Portal 'Komsomolskaja Prawda', Moskau, Übersetzung a. d. Russischen,
  - [Kolumne von ZHANG HANHUI](#), Botschafter Chinas uin Russland (v. 8. April 2022);
- Portal 'The National Interest', Washington, Übersetzung a. d. Englischen,
  - [Interview mit K. REMTSCHUKOW](#) , Hrsg. 'Njesawissimaja Gaseta' (v. 7. März 2022);
- Portal Mitteilungen des Präsidenten der Ukraine, Übersetzung a.d. Ukrainischen
  - Erlass № 405/2014 d. Präs. zur [Anti-Terror-Operation im Donbass](#);  
„Über dringende Maßnahmen zur Überwindung der terroristischen Bedrohung und zur Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine“ (v. 13. April 2014)
  - Gesetz № 2268-VIII /2018 über [Wiedereingliederung des Donbass](#);  
„Zu den Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk“ (v. 18. Januar 2022)
- [Portal](#) für Rechtsinformationen der Russischen Föderation, Übers. a.d. Russischen
  - Erlass № 252/2022 des Präsidenten d. RF zu [Antwortsanktionen](#);  
„Über die Anwendung von speziellen wirtschaftl. Antwortmaßnahmen im Zusammenhang mit den unfreundlichen Handlungen bestimmter ausländischer Staaten und internationaler Organisationen“ (v. 3. Mai 2022)
  - Verordnung № 2268-VIII /2022 d. Regierung zu Antwortsanktionen.  
'Umsetzung Erlass № 252 zu Antwortsanktionen' (v. 11. Mai 2022)

Für Sprachkundige sind die Textoriginale (russ., engl., ukr.) über o. a. Weblinks oder im Dokumentationsteil dieser Ausgabe sowie über Hinweise im Text abrufbar. •

Redaktionsschluss: 19. Mai 2022

ISSN 2627-3470

Herausgeber: Dr. Rainer Böhme, 01277 Dresden, Wiesenstraße 9.  
Reihe: Dresdener gesammelte Kommentare zur Sicherheitspolitik  
– dgksp-diskussionspapiere –

## Vorwort

von Rainer Böhme

Die vorliegende Ausgabe der [dgksp-diskussionspapiere](#) greift zum achten Mal das Thema der sich real vollziehenden „Global Governance“ auf. Dabei standen stets die politischen Akteure im geostrategischen Kräfteviereck Russland–China und USA–NATO im Mittelpunkt. Mit Beginn 2021 erhielt die internationale Debatte zur gegenwärtigen und zukünftigen Weltordnung Impulse durch diplomatische Treffen in Moskau (Russland–Europäische Union),<sup>1</sup> in Anchorage/Alaska (China–USA)<sup>2</sup> und Guilin/Südchina (Russland–China)<sup>3</sup>. Die Staatsoberhäupter Russlands und Chinas sowie deren Außenminister stellten in ‘Gemeinsamen Erklärungen’ klar,<sup>4</sup> dass sie eine Erhaltung der völkerrechtlichen Regeln und deren Weiterentwicklung auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen im Konsens als strategisches außen- und sicherheitspolitisches Konzept präferieren, die US-amerikanischen Varianten für eine „Regelbasierte Ordnung“ auf Grundlage allein ‘vom Westen’ definierter Werte ablehnen.

Der Truppeneinsatz der OVKS<sup>5</sup> im Januar 2022 bei Unruhen in Kasachstan<sup>6</sup> war ein Vorbote für den Einsatz bewaffneter Gewalt in Weltordnungsfragen. Seit Februar hat durch den Überfall Russlands auf die Ukraine der Diskurs Wesensmerkmale des politisch-medial aufgeheizten geostrategischen Informationskriegs angenommen. Aber wie wir bei Clausewitz lesen, ist „der Krieg nie ein isolierter Akt.“

Die an den Anfang gestellte Kolumne der „Komsomolskaja Prawda“ (8. April 2022) von **ZHANG Hanhui, Botschafter Chinas** in Russland, gibt Aufschluss über die Haltung Chinas betreffs Konflikthintergründen; sie stützt Einschätzungen Russlands zur USA–Nato-Politik und zum gemeinsam entwickelten strategischen Konzept.

Konstantin **REMTSCHUKOW** als Herausgeber der zensierten ‘Njesawissimaja Gaseta’, äußert im Interview mit der US-Agentur ‘The National Interest’, dass durch die Sanktionen einerseits „Russland ... vollständig vom Westen abgeschnitten [ist]“ und andererseits innerstaatliche Beschränkungen der Medienfreiheit spürbar wirken.

---

<sup>1</sup> Treffen des Außenministers der Russischen Föderation und des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik in Moskau im Februar 2021.

<sup>2</sup> Treffen der Regierungsdelegationen der VR China und USA in Anchorage (Alaska), März 2021.

<sup>3</sup> Treffen der Außenminister der Russischen Föderation und der VR China in Guilin, März 2021.

<sup>4</sup> ‘Gemeinsame Erklärung der RF und VRCh’ (vom 3. Februar 2022) und ‘Gemeinsame Erklärung der Außenminister der VRCh und RF zu einigen Fragen der Global Governance’ (24. März 2021). Übersetzung a. d. Russ. In: DGKSP-Diskussionspapiere, [Februar 2022](#) und [April 2021](#).

<sup>5</sup> OVKS – [Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit](#)

<sup>6</sup> Andreas Steininger, Dimitri Olejnik, Achim Schramm: Demokratiebewegung oder der banale Kampf der Cliques um die Macht – eine erste Einschätzung der Lage in Kasachstan. In: Abruf am 30.01.2022. <https://das-blaettchen.de/wordpress/wp-content/uploads/2022/01/Kasachstan.pdf>

Bei Diskussionen zum bewaffneten Ukraine-Konflikt sollte der Gedanke Clausewitz` von der „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ Anstoß sein, den Blick auf die – auch vor dem 24. Februar 2022 – konflikträchtigen Politikkonzepte aller am Ukraine-Krieg beteiligten Konfliktparteien zu richten.

Drei (sicherheits-)politische Dokumente der Ukraine, die bisher nicht in deutscher Übersetzung zugänglich waren, werden hier vorgestellt. Darin wird deutlich, dass die erforderliche adäquate Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zwischen der Kiewer Regierung und den Donbass-Autonomisten mit diesen Festlegungen der Ukraine weit verfehlt wird.

Der **Erlass № 405** vom 13. April **2014** des (nach dem Putsch) amtierenden Präsidenten der Ukraine, O. Turtschinow, markiert den Übergang der Ukraine zur militärischen Anti-Terror-Operation (ATO) im Donbass. Die für diesen `Bürgerkrieg` (2014–2022) getroffenen (Detail-)Regelungen sind weiter als GEHEIM eingestuft.

Im **Gesetz der Ukraine № 2268** v. 18. Januar **2018** (Präsident P. Poroschenko) über die `Befreiung und Wiedereingliederung des Donbass` lässt allein Artikel 8 ff. (ab S. 12) auf die langfristige umfassende Vorbereitung und den Einsatz der Streitkräfte für eine ukrainische Donbass-Offensive schließen. Die weitreichenden und tragischen Folgen in Bezug auf Bedrohungswahrnehmungen in den separaten Donbass-Republiken und in Russland sind bekannt.

Durch **Erlass № 117** vom 11. März **2021** (Präsident W. Selenskij) wurde schließlich auch die `Wiedereingliederung der Krim und Sewastopol` einbezogen. (Dieser Erlass war bereits in *dgksp-dp April 2022* in deutscher Übersetzung enthalten.)

Unabhängig von den grundsätzlichen Zielen der ukrainischen Regierung zu einer militärischen Rückeroberung des Donbass und der Krim bleibt die unbestreitbare Tatsache, dass es Russland war, das die Ukraine völkerrechtswidrig überfallen hat – wenn auch im Glauben, dass die `Weltgemeinschaft` einen Präventivschlag tolerieren würde.

Die April-Ausgabe verwies darauf, dass es scheint, als habe der `kollektive Westen` geradezu auf den russischen Angriff gewartet: Russland wird mit ökonomischen Sanktionen überzogen, die auf einen Totalabbruch aller ökonomischen Beziehungen mit den Ländern der NATO und der EU abzielen. Anfang Mai sind von Russland nun **wirtschaftliche Antwortsanktionen 2022** auf den Weg gebracht: Der Erlass № 252 des Präsidenten und die Verordnung der Regierung № 851 sind im Schlussteil angefügt. Die Schäden für die Bürger in den Ländern der Kriegsparteien – aber auch für die Weltwirtschaft insgesamt – sind beträchtlich.

Man muss den geostrategischen Autoren-Überlegungen nicht folgen, die Standpunkte der Regierungen von Kiew und Moskau nicht unbedingt teilen. Doch man sollte sie kennen, um ihre innen-, außen- und militärpolitischen Aktivitäten auf Basis

der bei ihnen widergespiegelten Einschätzung zu den veränderten Kräfteverhältnissen real beurteilen zu können. Politisch-diplomatische Aktivitäten werden hoffentlich bald den Einsatz militärischer Gewalt ablösen.

Der politikwissenschaftliche Diskurs über die weitere Lageentwicklung im Ukraine-Konflikt sollte sich bald auf Probleme des realistischen Weges zur Kriegsbeendigung konzentrieren. Möglichkeiten einer stabilen Friedensordnung mit der Ukraine und ihren Nachbarn sowie mit Russland und China sind zu schaffen. Konfrontation und Einsatz militärischer Gewalt darf nicht die Weltordnung des 21. Jahrhunderts bestimmen. ●

Dr. Rainer Böhme

19. Mai 2022

## **Die Hegemonie und Politik der Stärke des Westens sind eine Quelle der Instabilität in der Welt**

In der Autoren-Kolumne für die 'Komsomolskaja Prawda' äußert der Botschafter Chinas in Russland [Zhang Hanhui](#) Überlegungen dazu, wie die Nordatlantische Allianz seit Jahren die Sicherheitssphäre der Welt untergräbt.

ZHANG HANHUI

### **„Die NATO ist die Hauptursache und der Tumor, der zu all diesen Konflikten geführt hat“**

Mehr als drei Jahrzehnte sind seit dem Ende des Kalten Krieges vergangen, die dunklen Wolken von Konflikt und Krieg haben sich noch nicht aufgelöst, die Menschheit wird noch immer von Unruhen und Instabilität heimgesucht. Was ist los mit der Welt? Was stört den Frieden und die Ruhe der Menschen? Die spanische Zeitung 'Rebelión' schrieb erst kürzlich, dass „die NATO mit der unersättlichen Verfolgung ihrer Ziele – die Wurzel der Probleme und das Krebsgeschwür ist, das im Mittelpunkt all dieser Konflikte steht“.

Vor dreißig Jahren gewann die NATO, angeführt von den USA, den 'Kalten Krieg'. Aber der Sieg stoppte nicht den Wunsch der Allianz nach Expansion – sondern beschleunigte nur die Expansion. In den letzten 30 Jahren hat sie sich fünfmal auf vertrauensbrechende Weise nach Osten ausgedehnt, wodurch die Zahl der Mitgliedstaaten von 16 auf 30 gestiegen ist und die 'Spitze des Schwerts' von der Berliner Mauer die russländische Grenze erreicht hat. Mit allen Mitteln wurde die Einflussosphäre der ehemaligen Sowjetunion liquidiert, eine große Anzahl moderner strategischer Offensivwaffen wurde in die Länder Osteuropas geschickt, und die Großmacht wurde gnadenlos in die Ecke getrieben.

Es ist offensichtlich, dass die Ziele der NATO weit über die Abschreckung ehemaliger Rivalen hinausgehen. Um eine unipolare Welt zu errichten, in der ein Hegemon regiert, stellen die Mitglieder des Bündnisses die Interessen Amerikas und des gesamten Westens an die erste Stelle, auf globaler Ebene bekämpfen sie abweichende Meinungen, und zwar äußerst hart und in einem Geist des Übermuts und völliger Zügellosigkeit.

---

<sup>7</sup> Quelle: Abruf am 16.05.2022 <https://www.kp.ru/daily/27376/4569580/>

Mit der Idee ihrer eigenen Exklusivität bewaffnet, greifen sie den Osten gleichzeitig in drei Dimensionen an.

Erstens hat die NATO eine Reihe von Kriegen gegen souveräne Staaten provoziert. Geleitet von der Theorie des 'Kampfes der Kulturen' schürten die Mitglieder der Allianz einen Krieg in Bosnien und Herzegowina. Unter dem Banner der 'humanitären Intervention' marschierten sie in den Kosovo ein und zerstückelten Jugoslawien, während dieser Operation bombardierten sie 1999 auch schamlos die chinesische Botschaft in der Bundesrepublik Jugoslawien [BRJ]. Dann, unter Nutzung der sogenannten 'Doktrin der Präventivschläge', marschierten sie unter Umgehung der Vereinten Nationen in den Irak ein und benutzten ein Reagenzglas mit Waschmittel als Beweis für das „Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen“. Unter dem Vorwand „demokratischer Transformationen“ wurden Truppen nach Libyen und Syrien geschickt. Im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ führten sie zwanzig Jahre lang Krieg in Afghanistan. Im Laufe der Jahre hat die NATO weltweit Verwüstungen angerichtet. Nach unvollständigen Angaben haben die Kriege, die seit dem Jahr 2001 von dem Block geführt wurden und an denen dieser Block teilnahm, 900.000 Menschen das Leben gekostet, darunter fast 400.000 Zivilisten. obdachlos sind Dutzende Millionen Menschen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, Syrien und anderswo und sind nun auf der Flucht; ihre Länder wurden verwüstet und ihre Familien zerstört.

Zweitens provozieren Nato-Mitglieder in Verfolgung ihrer geopolitischen Interessen ständig 'Farbrevolutionen' auf der ganzen Welt. Die „Rosen-Revolution“ in Georgien, die „Orangene Revolution“ in der Ukraine, die „Tulpen-Revolution“ in Kirgisistan, die „Zedern-Revolution“ im Libanon, der durch die „Jasmin-Revolution“ in Tunesien ausgelöste „Arabische Frühling“, wie auch bei der gescheiterten 'Farbrevolution' in Weißrussland und den „Unruhen über Änderungen des Auslieferungsgesetzes aus Hongkong“ – hinter all dem steckt die von den USA geführte NATO. Was haben sie nicht alles getan, um Chaos und Aufruhr zu verursachen – Hauptsache, sie konnten dann in den trüben Gewässern fischen!

Drittens mischen sich die Mitglieder des Bündnisses unter dem Deckmantel von 'Demokratie und Menschenrechten' grob in innere Angelegenheiten anderer Länder ein, um ihre Entwicklung zu bremsen. Gegen Russland, Nordkorea, den Iran, Venezuela und andere 'Widerspenstige und Ungehorsame' – die NATO

hantierte mit der Keule einseitiger Sanktionen, die in alle Richtungen verhängt werden, einschließlich für Politik, Wirtschaft, die wissenschaftliche und die technische Sphäre. Um Chinas Entwicklung zu untergraben, heckten sie die Jahrhundertlüge vom „Völkermord“ in Xinjiang aus, unterstützten heimlich die Clique des Dalai Lama bei deren separatistischen Aktivitäten, sandten oft die unglaubliche Signale an die Kräfte, die sich für die 'Unabhängigkeit Taiwans' einsetzten, und verursachten wiederholt Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen China und den USA. Die Dinge kamen sogar zu dem Punkt, dass die Finanzdirektorin [CFO] von Huawei, Frau [MENG WANZHOU](#), fast 1.000 Tage lang illegal in Vancouver festgehalten wurde. Und in diesem Krieg scheut der Westen kein Mittel der Desinformation und Verunglimpfung, nutzt das gesamte Arsenal an Methoden, um Sanktionen zu verhängen und Druck auszuüben. Doch vergeblich – all diese skrupellosen Pläne liegen offen auf der Hand.

### **Das 'Verteidigungsbündnis' wandelte sich – in ein Instrument der US-Hegemonie**

Der Erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, skizzierte in den ersten Jahren nach der Gründung des Blocks dessen Ziele mit den Worten, „die Amerikaner drinnen zu halten, die Russen [Sowjetunion] draußen zu halten, und die Deutschen unten [am Boden] zu halten!“ ([«Keep the Americans in, the Russians out and the Germans down»](#))

Mit dem Ende des Kalten Krieges verloren all diese Ziele ihre Bedeutung, es gab keinen Grund für den Fortbestand der NATO. Aber anstatt sich selbst aufzulösen, wie seinerzeit die Organisation des Warschauer Vertrages [OWV], hat sich die NATO, dieser Freak des Kalten Krieges, in den 'Auftragskiller Nr. 1' im Dienste Washingtons bei der Etablierung einer unipolaren Welt verwandelt. Seitdem hat der Westen rücksichtslos in die Souveränität anderer Länder zum Nachteil der globalen Sicherheit eingegriffen, zur Verfolgung seiner geopolitischen Interessen eine Büchse der Pandora nach der anderen geöffnet, was schlechte Präzedenzfälle in der Entwicklung der internationalen Beziehungen schafft, allgemein anerkannte Normen untergräbt und Frieden und Stabilität in der Welt ernsthaft untergräbt.

Die NATO fördert jedoch ungeachtet der Fakten nicht nur Doppelstandards, sondern befürwortet auch die sog. „regelbasierte internationale Ordnung“, die eine klassisches Beispiel der Manipulation und Begriffsverdrehung ist.

Die ‘Regeln’, von denen sie sprechen, werden von den westlichen Ländern festgelegt und dienen den Interessen einer Weltordnung, die vom Westen selbst dominiert wird. Tatsächlich ersetzen sie die universellen Grundnormen in den internationalen Beziehungen durch gewisse ‘Regeln’, die sie selbst geschaffen haben, und zwingen Anderen unhöflich ihren Willen auf. Das hat nichts mit bewusstem Festhalten an Sicherheit oder Demokratie zu tun – es ist ein neues ‘Faustrecht’. Egoistische Blockpolitik und die Lösung von Weltfragen durch einen ‘engen Kreis der Auserwählten’ widersprechen der Realität, sie bieten erbärmliche Perspektiven und führen nur in eine völlige historische Sackgasse.

**Unsere Antwort ist das Konzept der allgemeinen, umfassenden, gemeinsamen und nachhaltigen Sicherheit: Dies ist die wahre Freiheitsfackel, die den Weg für die ganze Welt erleuchtet.**

Die chinesische Zivilisation war schon immer dem Frieden und der Harmonie verpflichtet. Wie alte chinesische Sprichwörter sagen: „Moral und Anstand sind notwendig für die Erhaltung des Friedens zwischen den Königreichen und für das gegenseitige Verstehen zwischen den Menschen“ und „Frieden ist der höchste Wert“ sowie „ein edler Mensch ist in Harmonie mit Anderen, wobei er seine eigenen Anschauungen bewahrt“.

Seit Tausenden von Jahren sind diese Ideen dem chinesischen Volk in Fleisch und Blut eingedrungen, zu seinem genetischen Gedächtnis geworden. Die erste große Vereinigung in der Geschichte des chinesischen Staates fand während der QIN-Dynastie (vor fast 2200 Jahren) statt, die danach auf dem Höhepunkt der Macht stand, jedoch nicht gegen alle in den Krieg zog, sondern die „Große Mauer“ baute und die Verteidigungsanlagen verstärkte.

Dann, während der HAN-Dynastie (202 v. u. Z.–220 n. u. Z.), deren militärische Stärke beispiellos war, öffnete China die ‘Seidenstraße’, die von Ost nach West verlief und Europa und Asien verband und zu einer globalen Arterie der freundschaftlichen Kommunikation wurde.

Später, unter der SONG-Dynastie (960–1279) betrug das [BIP](#) Chinas 40 % des weltweiten BIP, führte aber nie zu einer aggressiven Expansion, sondern verbreitete nur die Idee von Freundschaft, Frieden und Zusammenarbeit.

Unter der MING-Dynastie (1368–1644) dominierte chinesische militärische Technologie den Erdball, und Admiral ZHENG HE, der die größte Flotte seiner Zeit anführte, unternahm im frühen 15. Jahrhundert sieben Reisen nach Westen,

erreichte die Ostküste Afrikas und brachte nicht Krieg und Mord, sondern Seide, Porzellan, Tee und fortschrittliche chinesische Technologie.

Schließlich hat die Volksrepublik China seit ihrer Gründung im Jahr 1949 immer an einer unabhängigen und friedliebenden Außenpolitik festgehalten. China, als Initiator der fünf Grundprinzipien der 'friedlichen Koexistenz', steht immer an der Seite der Mehrheit der Entwicklungsländer und setzt sich dafür ein, dass alle Länder der Welt – ob groß oder klein, stark oder schwach – auf Augenhöhe sind.

Wir widersetzen uns dem imperialistischen Hegemonismus und der Politik der Stärke, verteidigen entschlossen das internationale System mit der UNO im Zentrum und der auf dem Völkerrecht basierenden Weltordnung. Indem wir ausnahmslos die Politik der Reform und der Öffnung fördern, bleiben wir den Prinzipien des gegenseitigen Nutzens und beiderseitigen Vorteils verpflichtet und bemühen uns um Konsultation und Zusammenarbeit.

Ab 2012, als China die hochwertige Förderung der „[Neuen Seidenstraße](#)“ [Belt and Road Initiative] startete, wurde die 'Initiative für globale Entwicklung' ins Leben gerufen, die große Arbeit leistet, um eine multipolare Welt aufzubauen und die gemeinsamen Werte der gesamten Menschheit wie Frieden, Entwicklung, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit zu fördern, und um die kolossalen Anstrengungen zum Aufbau einer Schicksalsgemeinschaft der Menschheit fortzusetzen.

Vor dem Hintergrund der Wiederbelebung der Mentalität des Kalten Krieges in den USA und anderen westlichen Ländern, die auf jede erdenkliche Weise die Blockkonfrontation provozieren, internationale Rechtsordnung untergraben, mit Vorliebe die Schaffung von Barrieren fördern, in Hegemonie schwelgen und schwache Länder verhöhnen, wendet sich China entschieden dagegen – gegen die Mentalität des Kalten Krieges und das „Nullsummenspiel“. China setzt sich nachdrücklich für ein neues *Konzept der allgemeinen, umfassenden, gemeinsamen und nachhaltigen Sicherheit* ein.

**Allgemeine Sicherheit** bedeutet, dass die Sicherheit eines Staates nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen gewährleistet werden sollte, dass regionale Sicherheit nicht durch den Ausbau militärischer Blöcke erreicht werden kann – und dass Sicherheit unteilbar ist.

**Umfassende Sicherheit** impliziert die umfassende Aufrechterhaltung der Sicherheit in traditionellen und nicht-traditionellen Bereichen und beinhaltet

die Entwicklung koordinierter Schritte zur Management der Sicherheit auf der Grundlage einer umfassenden Analyse des historischen Hintergründe dieses Problems und der realen Situation.

**Gemeinsame Sicherheit** bedeutet, die Sicherheit in allen Teilen der Welt zu fördern und das strategische gegenseitige Vertrauen zwischen allen Ländern der Welt durch Dialog und Zusammenarbeit zu stärken und Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen.

**Nachhaltige Sicherheit** schließt gleichermaßen die wichtige Bedeutung von Entwicklung und Sicherheit für das Erreichen langfristiger Stabilität. Entwicklung ist das wichtigste Unterpfand der Sicherheit. Es ist daher notwendig, aktiv daran zu arbeiten, das Wohlergehen der Bevölkerung zu verbessern und die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern, d. h. nachhaltige Sicherheit durch nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Das von China vorgeschlagene neue Sicherheitskonzept entspricht dem Streben nach Frieden, Entwicklung, Zusammenarbeit und gemeinsamem Gewinn, die die Haupttrends des Zeitalters der Globalisierung sind. Es spiegelt die Notwendigkeit wider, dass alle Länder zusammenarbeiten, um angemessen auf Herausforderungen im Bereich Sicherheit zu reagieren. Es demonstriert Zusammenarbeit im Geiste der Solidarität und Freundschaft, die diametral entgegengesetzt ist dem „Nato-Sicherheitskonzept“, das von Blockpolitik und militärischer Konfrontation durchdrungen ist. Es stellt ein wirksames Rezept dar, das wirklich zur Aufrechterhaltung von Frieden und Entwicklung auf der ganzen Welt beitragen kann.

**Man sollte sich mit dem chinesischen Volk nicht anlegen, wenn es wütend ist – es kann schlecht enden.**

In jüngster Zeit hat der kollektive Westen, angeführt von den USA, oft die 'Xinjiang-Karte', die 'Hongkong-Karte' und die 'Taiwan-Karte' gespielt und böswillig Desinformationen und Fälschungen verbreitet, um Druck auszuüben und Chinas Entwicklung einzudämmen. Dabei kommen die schmutzigsten und zynischsten Techniken zum Einsatz, die weit über alle Grenzen der Moral hinausgehen.

So haben z. B. Washington und seine Verbündeten eine monströse Absurdität entwickelt: den sogenannten „Völkermord“, „Zwangsarbeit“ und „religiöse Unterdrückung“ in Xinjiang, einem einzigartigen Gebiet im Nordwesten der VR China.

All dies ist ein Versuch, Chinas nationale Einheit zu untergraben und seine Entwicklung zu behindern. In den letzten 60 Jahren ist die Wirtschaft Xinjiangs um das 160-fache gewachsen, die uigurische Bevölkerung ist von 2,2 Millionen auf 12 Millionen Menschen gestiegen und die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 30 Jahren auf 74,7 Jahre gestiegen. Im Durchschnitt gibt es pro 530 Muslime eine Moschee in Xinjiang; allein die Gesamtzahl der Moscheen in Xinjiang ist zehnmal größer als auf dem gesamten Territorium der Vereinigten Staaten. Von welcher Art 'Genocid' und 'religiöser Unterdrückung' kann hier gesprochen werden?

In ähnlicher Weise hat der kollektive Westen versucht, den Wohlstand und die Stabilität Hongkongs zu untergraben. Er setzte darauf, eine 'Farbrevolution' durch „Unruhen wegen Änderungen der Auslieferungsbestimmungen“ zu provozieren. Das ist ein Gesetz, das es Kriminellen, die Verbrechen auf dem chinesischen Festland begangen haben, nicht mehr erlauben würde, auf dieser Stadtinsel Zuflucht zu finden.

Damals verhängte der Westen illegale Sanktionen, schützte diejenigen, die die antichinesischen Unruhen in Hongkong unterstützten, und wies sogar mehrere Mitglieder des ukrainischen „Asow-Bataillons“ (\*anerkannt als extremistisch und in Russland verboten – Anm. d. Red. KP.ru) an, in diese Inselstadt zu kommen, um den Provokationen eine Führung und Unterstützung zu bieten.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Angelegenheiten Hongkongs ausschließlich eine innere Angelegenheit Chinas sind. Die chinesische Regierung hat rechtzeitig eine Reihe entscheidender und wichtiger Maßnahmen ergriffen, darunter die Verabschiedung des „Gesetzes über Nationale Sicherheit von Hongkong“ und Verbesserungen im Wahlsystem, die Einhaltung des Prinzips „ein Land, zwei Systeme“ und die Umsetzung des Prinzips „Patrioten regieren Hongkong“. Dies ermöglichte es, die Situation in der Metropole umzukehren, die sich erfolgreich vom Chaos zu Recht und Ordnung bewegte, und die Verschwörung der USA und anderer westlicher Länder zu zerstören.

In jüngster Zeit haben Washington und seine Verbündeten wieder begonnen, die Aufregung um die Taiwan-Frage zu schüren. Sie liefern weiterhin Waffen an die Insel, stärken die US-taiwanesischen Militärbeziehungen, dulden die Kräfte der „Unabhängigkeit Taiwans“, eskalieren weiterhin die Situation und demonstrieren Stärke im Südchinesischen Meer und provozieren künstlich geopolitische Konfrontationen.

Wohingegen in der Verfassung, in dem ‘Gesetz über Gegenmaßnahmen gegen Abspaltung des Landes’ [Anti-Divisive Activities Act], im ‘Gesetz über die staatliche Sicherheit’ [National Security Act] und im ‘Gesetz über Gegenmaßnahmen gegen ausländische Sanktionen’ [Foreign Sanctions Act] der VRCh eindeutig geschrieben ist, dass es nur ein China auf der Welt gibt und Taiwan ein integraler Bestandteil von Chinas heiligem Territorium ist.

Aus diesem Grund lehnt China die Einmischung irgendeines Landes in die inneren Angelegenheiten Chinas mit beliebigen Mitteln unter irgendeinem Vorwand ab. Wir fordern die USA nachdrücklich auf, sich an das Ein-China-Prinzip und die einschlägigen Bestimmungen der gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Kommuniqués zu halten und in der Taiwan-Frage nicht mit dem Feuer zu spielen.

Wie das Staatsoberhaupt, der Vorsitzende Xi Jinping sagte: „Das chinesische Volk schafft keine Probleme, aber es hat auch keine Angst vor ihnen. Keine Schwierigkeiten und Risiken werden China dazu zwingen, sich schmeichelnd zu verbeugen und geschweige denn hinzuknien! Das chinesische Volk kann nicht eingeschüchtert oder gebrochen werden! Wir werden niemals tatenlos zusehen, wie unsere nationalen Souveränitäts-, Sicherheits- und Entwicklungsinteressen verletzt werden – und wir werden niemals zulassen, dass jemand in das heilige Territorium unserer Heimat eindringt und es zerteilt. Kein Land sollte von uns erwarten, dass wir unsere Kerninteressen aufgeben oder dass wir Versuche Dritter akzeptieren, Chinas Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen zu schaden.“ ●

Zhang HANHUI

Botschafter Chinas in Russland

\* \* \*

## THE NATIONAL INTEREST

March 9, 2022 *Topic:* [Russia-Ukraine War](#) *Region:* [Europe](#) *Tags:* [Russia](#) [U.S.-Russia Relations](#) [Russia Sanctions](#) [Decoupling](#)

„National Interest“ Herausgeber Jacob Heilbrunn  
im Interview mit dem führenden russischen Journalisten  
Konstantin Remtschukow (Hrsg. '[Njesawissimaja Gaseta](#)):  
Über Russland, Ukraine und Amerika.

### Konstantin Remtschukow

#### „Russland ist vollständig vom Westen abgeschnitten“

9. März 2022

[Jacob Heilbrunn](#) (JH): Gibt es für die Ukraine, Russland und Amerika einen Ausweg aus dieser Krise?

[Konstantin Remtschukow](#) (KR): Theoretisch gibt es immer einen Ausweg. Praktisch glaube ich im Moment nicht, dass sie bald beendet sein wird.

JH: Warum nicht?

KR: Wir sind Zeugen des Anwachsens einer gegen Russland gerichteten „cancel culture“ [Kultur des sozialen Ausschlusses von Personen oder Organisationen]. Ich verstehe nicht, wie man das beenden kann. Jeden Tag verlassen Unternehmen – McDonald's, Coca-Cola, Adidas – Russland. Dies wird oft von Emotionen und einem offensichtlichen Mangel an Unschuldsvermutung angetrieben. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass sich die Dinge früher oder später beruhigen werden.

Aber ich glaube auch, dass eine Aufhebung der Russland-Sanktionen einen großen Unterschied zu früheren Sanktionsrunden darstellt. Im konkreten Fall der militärischen Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine könnten sie hingegen beendet werden, wenn die Ukraine grundlegende Forderungen Russlands an die NATO erfüllt. Der Präsident Wolodimir Selenskij kann sein

<sup>8</sup> Quelle: Abruf 12.03.2022 <https://nationalinterest.org/print/feature/konstantin-remchukov-%E2%80%9Crussia-fully-switched-west%E2%80%9D-201100>

Volk darauf vorbereiten, warum er seine Haltung ändern wird. Aber Selenskij will auch Garantien für einen neutralen Status. Welche Art von Garantien könnte es in dieser Atmosphäre des Misstrauens geben? Wie sollten wir das [Budapester Memorandum](#) umsetzen und welche Verpflichtungen hätten die Parteien? Wir müssen anfangen, darüber nachzudenken.

**JH:** Warum ist der russländische Präsident Wladimir Putin in die Ukraine einmarschiert? Viele westliche Beobachter haben nicht geglaubt, dass er angreifen würde, und inzwischen ist die Meinung weit verbreitet, dass Putin einen Fehler gemacht hat, die Armee Russlands eine Potjomkinsche Armee ist und Putin in einen Krieg verwickelt ist, den Russland letztlich nicht gewinnen kann.

**KM:** Ich denke, wir wissen, warum er den Konflikt begonnen hat. Seine *Ansprache an die Nation* am 24. Februar hat das deutlich gemacht. Wenn man die Folgen des aggressiven Vorgehens gegen die Ukraine analysiert, kann ich persönlich keinen Vorteil erkennen. Da ich keine äußeren Gründe sehe, die für Russland wegen des Krieges und der Sanktionen gut wären, habe ich über interne Motive nachgedacht.

Die internen Motive haben mich zu dem Schluss gebracht, dass Putin jegliche Rhetorik zu einer Überleitung [Wachablösung] eingestellt hat. Es ist keine Rede mehr von einem Machtwechsel. Putin hat das beendet. Jetzt, wo wir von unfreundlichen Staaten umgeben sind – sie werden von unseren Behörden offiziell als unfreundlich bezeichnet –, ist es für unseren Führer inakzeptabel, zu gehen.

Außerdem hat er in seiner Rede ein klares System von Argumenten für das, was vor sich geht, dargelegt. Er sagte, die internationale Rechtsstaatlichkeit existiere nicht mehr. Der Westen missbraucht die UN-Generalversammlung. Sie konnten den Irak, Afghanistan, Jugoslawien bombardieren und Kosovo anerkennen. In all diesen Fällen habe man gegen das Völkerrecht verstoßen, sagte er. Wenn der Westen Russland beschuldigen würde, das Völkerrecht zu brechen, solle man bitte in seiner Rede über die Punkte lesen, wo der Westen es verletzt hat. Er sprach auch von einem moralischen Versagen des Westens – einem Imperium der Lügner. Es sei unmöglich, mit dem Westen zu reden, weil er einen immer betrügen und hintergehen würde. Sie seien unmoralisch. Er erwähnte auch, dass die Ukraine als Staat nicht gerechtfertigt ist. Sie könne umgestaltet werden. Er berief sich auf die Tatsache, dass die Grenzen der

heutigen Ukraine während der Sowjetzeit festgelegt wurden. Die Doktrin der begrenzten Souveränität. Erinnern Sie sich, dass Leonid Breschnew diese Doktrin in der Tschechoslowakei anwandte – sie hatten nicht das Recht, ihre Beziehungen zum Westen auszubauen, weil sie keine volle Souveränität besaßen.

Jetzt sehe ich den gleichen Ansatz. Russland spricht der Ukraine das Recht ab, ihre Partner selbst zu wählen. Gleichzeitig besteht der Kreml darauf, dass Russland das Recht auf ein friedliches und zumindest neutrales Land an seinen Grenzen hat. Russland, so Putin, habe geopolitische und nationale Interessen, die Moskau bestimmen werde, ebenso wie Washington das tut. Es gibt nur drei Länder auf der Welt, die diese geopolitischen Interessen haben. Der Rest der Welt hat keine solche.

**JH:** Putin scheint in diesen Tagen groß zu denken.

**KR:** Putin glaubt, dass die Welt der letzten hundert Jahre auf dem Ende der Weltkriege beruht. Der Erste Weltkrieg führte zum Vertrag von Versailles und zum Völkerbund; der Zweite Weltkrieg führte zu Jalta, Potsdam und den Vereinten Nationen. Nun verstehe ich, dass Putin der Meinung ist, wir sollten nicht bis zum Ende des Dritten Weltkriegs warten, um eine neue Weltordnung zu schaffen. Er hat versucht, seine Vision durchzusetzen und eine Krise herbeizuführen. Die Welt soll glauben, sie stünde am Rande einer nuklearen Katastrophe, um sie zu veranlassen, sich zusammzusetzen und eine neue Weltordnung auszuhandeln, die die nationalen und geopolitischen Interessen der Russischen Föderation anerkennt.

**JH:** Ist der Krieg nicht nach hinten losgegangen und hat sich in eine militärische Katastrophe verwandelt?

**RM:** Ich kann nicht bestätigen, dass er katastrophal ist. Ich denke, es liegt an mangelhaften Aufklärungsinformationen, die suggerierten, dass die Ukrainer den russischen Soldaten mit Brot und Salz begegnen würden. Es ist eine Fehlkalkulation, denn die Berater, die Russland zum Einmarsch provoziert haben, sagten, Selenskij sei nicht beliebt. Ich glaube, sie verstehen jetzt, wie dramatisch sie sich geirrt haben.

Ich dachte, wir könnten vor allem die ukrainischen Streitkräfte aus Lugansk und Donezk vertreiben. Ich verstehe nicht, was wir mit Kiew oder Lwiw {Lwow} anfangen könnten. Ich sehe das ultimative Fanal des Krieges nicht.

Im Zweiten Weltkrieg war es die Rote Fahne, die über dem Reichstag im eroberten Berlin wehte. Putin sagt, wir wollen die Ukraine nicht besetzen.

**JH:** Eine Schlagzeile der *Washington Post* besagt heute, dass sich ein neuer Eiserner Vorhang über Russland senkt.

**KR:** Aus meiner Sicht ist es noch schlimmer. Es ist eine Isolation, die es in diesem Ausmaß in unserer Geschichte noch nie gegeben hat. Wir sind völlig vom Westen abgeschnitten. Zu Sowjetzeiten gab es Züge, die nach Berlin oder Paris führen. Jetzt gibt es nicht einmal mehr einen Flug. Das Einkommen der Mittelschicht ist eingefroren. Beim Fall des Rubels sind sie zu Almosenempfängern geworden. Mit dem Eisernen Vorhang hatten wir Importe. Man konnte nach Paris oder New York reisen. Jetzt scheint das vorbei zu sein.

Es gibt keinen Wettbewerb der Informationen. Es ist wieder alles Propaganda. Keine Machtübergabe. Kein Wettbewerb auf dem Gebiet der Information. Keine Alternative zu dem, was der Kreml mit seinen Medienressourcen aufzwingt. Die Politik Donald Trumps hat zur Spaltung des Westens geführt. Putins Politik hat die Vereinigung des Westens herbeigeführt. Ich glaube nicht, dass dies das Ziel war, wenn es überhaupt irgendein Ziel gab.

**JH:** Wenn der Krieg in zwei bis drei Wochen weitergeht, glauben Sie, dass es dann zu einem Machtkampf im Kreml kommen könnte? Oder ist das ein Hirngespinnst des Westens?

**KR:** Bis jetzt ist es ein Hirngespinnst des Westens. Es wird ganz klar sein, dass die derzeitigen Minister, die für die Außen- und Militärpolitik zuständig sind, ihre Versprechen nicht umgesetzt haben. Sie werden abgesetzt werden. Es werden neue Leute ernannt und sie werden friedliche Verhandlungsergebnisse erzielen.

**JH:** Einige in Washington wollen Putin stürzen oder hoffen, dass er von der Macht entfernt wird.

**KR:** Nicht jetzt. Nicht jetzt.

**JH:** Was ist mit China? Verbessern sich die Beziehungen oder wird das Land einmarschieren und Russlands natürliche Ressourcen ausbeuten?

**KR:** Natürlich werden sie davon profitieren. Natürlich werden sie ihren Griff fester machen. Gleichzeitig ist ihre strategische Beziehung so stark wie eh und je. China beobachtet in Richtung des Westens. Jeder schätzt ab, was in Taiwan passieren wird. Ist der Westen bereit, Sanktionen gegen China zu

verhängen? Der Westen ist mehr auf China angewiesen. Alle beobachten das. China schlägt neue Kanäle vor, um Russland mit dem Yuan zu finanzieren. Die Türkei hat ebenfalls vorgeschlagen, den Handel zu intensivieren und den Handel in Rubel abzuwickeln. Indien sucht nach seinen Möglichkeiten. Und dann ist da noch der Iran. Ich glaube nicht, dass China Russland so bald schlucken wird. Sie werden sich gemeinsam gegen den Westen stellen.

**JH:** Was ist mit der Schließung des Radiosenders Echo Moskvj? Warum wurde er geschlossen?

**KR:** Sie haben einige Leute aus der Ukraine eingeladen. Einer sagte, Putin solle ermordet werden. Es gab keine Vorbehaltsklausel. Der andere sagte, man solle Atombomben gegen Moskau einsetzen. Die Behörden entschieden, dass dies unter den Bedingungen der speziellen militärischen Operationen über Information hinausgeht; es ist feindliches Propagandamaterial im Radio.

**JH:** Im Westen herrscht aufgrund des jüngsten Gesetzes, das fünfzehn Jahre Gefängnis für gefälschte Informationen vorsieht, der Eindruck, dass Russland zu einem totalitären Staat zurückkehrt? Stimmen Sie dem zu?

**KR:** In dieser Hinsicht, ja. Vollkommen kontrolliert. Heute habe ich einen Brief unterschrieben, der von einem Verlagshaus, das unsere Zeitung druckt, verlangt wurde. Jeden Abend vor jeder Ausgabe soll ich kurz darlegen, worüber wir schreiben und unterschreiben, dass es kein Material gegen diesen speziellen Krieg gibt. Wenn die Druckerei meine Zeitung bekommt, wird sie verteilt, und dann finden sie etwas gegen den Krieg, und dann sagt die Staatsanwaltschaft sagt: „Was veröffentlichen Sie da? Sie veröffentlichen Material, die sich gegen die Regierung richten.“ Der Drucker wird sagen: "Sehen Sie, das ist seine Unterschrift, er hat mich getäuscht. Es gibt nichts gegen mich." Sie schaffen ein bürokratisches Verfahren, um Kontrolle auszuüben.

**JH:** Wie effektiv ist die Fähigkeit des Kremls, die Verbreitung von Informationen zu kontrollieren? Verstehen die Menschen, was in der Ukraine passiert?

**KR:** Nein. Als sie FaceBook und Twitter abgeschaltet haben und da sogar viele Gerüchte über die Abschaltung von YouTube kursieren, wird die Möglichkeit, sich [über die Ukraine] zu informieren, begrenzt sein. Wenn Amerika das Internet abschaltet oder die Fernsehsender verschwinden, dann erfahren die russischen Nutzer weniger. Das wäre ein Vakuum. Aber wie ich

'The National Interest'-Interview 09.03.2022 mit K. Remtschukow: Russland – Ukraine–USA  
schon sagte, es geht nicht wirklich um Informationen. Es geht im Grunde  
um Propaganda. •

Konstantin Remtschukow, [Dr. oec.](#), ist ein Kenner der russischen Politik,  
Eigentümer und Chefredakteur der *Njesawissimaja Gaseta*.

Sie können ihm folgen unter: @KVRemchukov.

Jacob Heilbrunn ist Redakteur bei *The National Interest*

Jacob Heilbrunn [www.nationalinterest.org](http://www.nationalinterest.org)

[www.nationalinterest.org](http://www.nationalinterest.org)

\* \* \*

Übersetzung aus dem Englischen: Rainer Böhme

19. März 2022

## **ERLASS**

### **des Präsidenten der Ukraine № 405/2014**

Zum Beschluss des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine  
vom 13. April 2014

„Über dringende Maßnahmen zur Überwindung der terroristischen Bedrohung und  
zur Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine“<sup>10</sup>

In Übereinstimmung mit Artikel 107 und 112 der Verfassung der Ukraine

### **w i r d   a n g e o r d n e t:**

1. Der Beschluss des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine vom 13. April 2014 „Über dringende Maßnahmen zur Überwindung der terroristischen Bedrohung und Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine“ (GEHEIM, beigefügt) ist umzusetzen
2. Die Kontrolle über die Umsetzung des Beschlusses des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, der durch diesen Erlass angeordnet wurde, ist dem Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine zu übertragen.
3. Dieser Erlass tritt mit dem Datum seiner Veröffentlichung in Kraft. ●

**Amtierender Präsident der Ukraine**

**Vorsitzender der Werchowna Rada der Ukraine**

**O. TURTSCHINOW**

Kiew 14. April 2014

N 405/2014

---

<sup>9</sup> Die Übersetzung zeigt eine ergänzte Textgliederung, Hervorhebungen, Erläuterungen in [ ] (mit Microsoft Translator). Quelle: Abruf am 8. Mai 2022  
[http://search.ligazakon.ua/l\\_doc2.nsf/link1/U405\\_14.html](http://search.ligazakon.ua/l_doc2.nsf/link1/U405_14.html)

<sup>10</sup> Weiteres unter: [Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts der Ukraine](#) v. 2. Jan. 2015, Beschluss des Obersten Gerichtshofs der Ukraine vom 17. Februar 2015.

**‘Gesetz über die Wiedereingliederung des Donbass’  
vom 18. Januar 2018**

**„Zu den Besonderheiten der staatlichen Politik  
zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine  
in den vorübergehend besetzten Territorien  
in den Gebieten Donezk und Luhansk“**

(Mitteilungen der Werchowna Rada [MWR], 2018, № 10, Artikel 54)

{In der Fassung der Gesetze:

№ [113-IX vom 19.09.2019](#), MWR, 2019, № 42, Artikel 238;

№ [948-IX vom 03.11.2020](#) }

**Die Werchowna Rada der Ukraine,**

auf der Grundlage der [Erklärung über die staatliche Souveränität](#) der Ukraine und der [Verfassung der Ukraine](#),

betonend, dass sich die Souveränität der Ukraine auf ihr gesamtes Hoheitsgebiet erstreckt, das innerhalb der international anerkannten Staatsgrenze integraler Bestandteil und unantastbar ist,

geleitet von der Charta der Vereinten Nationen und der [Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen](#) und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970, der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975,

gemäß Artikel 3 Buchstaben ‘a’, ‘b’, ‘c’, ‘d’ und ‘g’ der Resolution 3314 (XXIX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Definition der Aggression“ vom 14. Dezember 1974 stellt die Anwendung von Waffengewalt

---

<sup>11</sup> Anmerkungen zur Übersetzung: Die Unterscheidung der Wörter ‘russisch’ (russ. ‘русский’ – sprachliche Ethnie) und ‘russländisch’ (russ. – ‘российский’ – Russland als Vielvölkerstaat) aus dem Textoriginal wurde zugunsten semantischer Klarheit in der politischen Aussage bei der Schreibweise berücksichtigt oder mit Genitiv umschrieben.

Dokumente und Institutionen sind in kursiv gesetzt und Namen in KAPITÄLCHEN ausgeführt. Häufig verwendete Begriffe sind in Versalien abgekürzt. Erklärungen und Ergänzungen des Übersetzers sind in eckigen Klammern [...] und Fußnoten gezeigt. Die Übersetzung zeigt eine ergänzte Textgliederung, Hervorhebungen, Erläuterungen in [ ] (mit Microsoft Translator).

Quelle: Abruf am 2. Mai 2022: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2268-19#Text>

gegen die Ukraine durch die Russische Föderation ein Verbrechen der bewaffneten Aggression und grob dar gegen das Memorandum über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 5. Dezember 1994 und gegen den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation vom 31. Mai 1997 verstößt,

unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Datum des Beginns der Besetzung eines Teils des Territoriums der Ukraine, insbesondere der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, durch das Gesetz der Ukraine „Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und des Rechtssystems in dem vorübergehend besetzten Gebiet der Ukraine“ festgelegt ist,

in Bekräftigung des Appells der Werchowna Rada der Ukraine an die Vereinten Nationen, das Europäische Parlament, die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die Parlamentarische Versammlung der NATO, die Parlamentarische Versammlung der OSZE, die Parlamentarische Versammlung GUAM, die nationalen Parlamente der Länder der Welt über die Anerkennung der Russischen Föderation als Aggressorstaat, gebilligt durch die Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 27. Januar 2015 Nr. 129-VIII, und Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine „Über die Abwehr der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation und die Überwindung ihrer Folgen“, genehmigt durch die Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 21. April 2015 № 337-VIII,

stellt fest, dass im Lichte der Bestimmungen des Vierten Haager Übereinkommens „Über das Recht und die Gebräuche des Krieges auf dem Landweg“ und seines Anhangs: Verordnungen über die Gesetze und Bräuche des Krieges auf dem Land vom 18. Oktober 1907, des Genfer Abkommens zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten vom 12. August 1949 und des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 (Was den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) vom 8. Juni 1977 betrifft), dass eine der Folgen der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine – die vorübergehende Besetzung eines Teils des Territoriums der Ukraine war;

nicht anerkennend die vorübergehende Besetzung eines Teils des Territoriums der Ukraine durch die Russische Föderation,

gestützt auf die Bestimmungen der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Über die territoriale Unversehrtheit der Ukraine“ vom 27. März 2014 № 68/262, in denen die Unrechtmäßigkeit der Durchführung eines Referendums in der Autonomen Republik Krim hervorgehoben und die internationale Gemeinschaft aufgefordert wird, keine Änderung des Status der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Referendums anzuerkennen,

unter Hinweis auf die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Stand der Dinge auf dem Gebiet der Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine)“ vom 19. Dezember 2016 № 71/205 und vom 19. Dezember 2017 № 72/190 zur Anerkennung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol als vorübergehend von der Russischen Föderation besetztes Gebiet,

in Bekräftigung des untrennbaren souveränen Rechts der Ukraine, ihre territoriale Unversehrtheit innerhalb der international anerkannten Staatsgrenze, namentlich des Hoheitsgebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, wiederherzustellen und zu bewahren,

feststellend, dass die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation mit einem nicht erklärten und verdeckten Eindringen von Einheiten der Streitkräfte und anderer Machtbehörden der Russischen Föderation in das Hoheitsgebiet der Ukraine sowie mit der Organisation und Unterstützung terroristischer Aktivitäten begann,

in der Erwägung, dass die Russische Föderation ein Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine begeht und einen Teil ihres Hoheitsgebiets mit Hilfe der bewaffneten Formationen der Russischen Föderation vorübergehend besetzt, bestehend aus regulären Formationen und Einheiten, die dem Verteidigungsministerium der Russischen Föderation unterstellt sind, Einheiten und Sonderformationen, die anderen Machtbehörden der Russischen Föderation unterstellt sind, ihren Beratern, Ausbildern und irregulären illegalen bewaffneten Gruppen, bewaffneten Banden und Gruppen, Söldner, die von der Russischen Föderation gegründet, untergeordnet, verwaltet und finanziert werden, sowie mit Hilfe der Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation, die sich aus ihren staatlichen Organen und Strukturen zusammensetzt, die

funktional für die Verwaltung der vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine verantwortlich sind, und den selbsternannten Körperschaften, die von der Russischen Föderation kontrolliert werden und die Ausübung von Machtfunktionen in den vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine usurpiert haben,

feststellend, dass das Vorgehen der Russischen Föderation auf dem Territorium bestimmter Räume der Gebiete Donezk und Luhansk, der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol grob gegen die Grundsätze und Normen des Völkerrechts verstößt, insbesondere durch: die systematische Nichteinhaltung des Waffenstillstands und den fortgesetzten Beschuss ziviler Objekte und Infrastrukturen, was zu zahlreichen zivilen Opfern, Opfern bei Soldaten der Streitkräfte der Ukraine und bei anderem Militärpersonal führt, das in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine zu Formationen gebildet wurde; die Fortsetzung der Praxis der illegalen Verhaftung und Inhaftierung ukrainischer Bürger in den vorübergehend besetzten Territorien, ihrer illegalen Verbringung und Inhaftierung auf dem Territorium der Russischen Föderation; Versuche, die russische Gesetzgebung, einschließlich der Steuern, auf das Territorium bestimmter Räume der Gebiete Donezk und Luhansk, der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol auszudehnen, die Auferlegung illegaler Anforderungen zur Neuregistrierung von Unternehmen und die Rückforderung von Geldern zugunsten der Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation in bestimmten Räumen der Gebiete Donezk und Luhansk, in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol; die Einführung des russländischen Rubels als die einheitliche Währung auf dem Territorium bestimmter Räume der Gebiete Donezk und Luhansk, der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol; die willkürliche Anwendung russländischer Bildungsstandards in den Bildungseinrichtungen, die Einführung und die Anerkennung illegaler Ausweisdokumente in Unternehmen in bestimmten Räumen der Gebiete Donezk und Luhansk, in der Autonomen Republik Krim und in der „externen Verwaltung“ der Stadt Sewastopol sowie von Kennzeichen für Fahrzeuge auf dem Territorium bestimmter Räume der Gebiete Donezk und Luhansk, der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol; die Organisation und Durchführung von Verschleppung, Folter, unmenschlicher Behandlung oder Bestrafung, außergerichtlichen Hinrichtungen gegen Zivilpersonen, ukrainische Soldaten und Geiseln,

sich weiterhin einsetzend für den Kurs der politischen und diplomatischen Konfliktlösung auf Grundlage der Grundsätze und Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung des untrennbaren souveränen Rechts der Ukraine auf Selbstverteidigung im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung der Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine „Über die Abweichung der Ukraine von bestimmten Verpflichtungen, die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und in der Konvention zum Schutze der Rechte und Grundfreiheiten festgelegt sind“, gebilligt durch die Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 21. Mai 2015 № 462-VIII,

unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Besonderheiten des Rechtssystems auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch das Gesetz der Ukraine „Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und des Rechtsregimes in dem vorübergehend besetzten Gebiet der Ukraine“ bestimmt sind,

**verabschiedet dieses Gesetz**, das darauf abzielt, die Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk zu bestimmen.

**Artikel 1** Die vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk am Tag der Verabschiedung dieses Gesetzes sind anerkannte Teile des Territoriums der Ukraine, in denen die bewaffneten Formationen der Russischen Föderation und die Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation die allgemeine Kontrolle eingerichtet haben und ausüben, nämlich:

- 1) das Festlandterritorium und seine inneren Gewässer in bestimmten Kreisen, Städten, Gemeinden und Dörfern der Gebieten Donezk und Luhansk;
- 2) die Binnenmeergewässer, die an die in Punkt 1 dieses Teils genannte Landfläche angrenzen;
- 3) der Untergrund unter den in den Punkten 1 und 2 dieses Teils genannten Territorien und der Luftraum über diesen Territorien.

Die Grenzen und die Liste der Kreise, Städte, Siedlungen und Dörfer, Teile ihrer Territorien, die vorübergehend in den Gebieten Donezk und Luhansk besetzt sind, werden vom Präsidenten der Ukraine auf Vorschlag des

Verteidigungsministeriums der Ukraine festgelegt, das auf der Grundlage von Vorschlägen des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine erstellt wurde.

**Artikel 2** Der rechtliche Status der vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk, der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sowie das Rechtsregime in diesen Territorien werden durch dieses Gesetz, das Gesetz der Ukraine „Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und des Rechtsregimes in den vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine“, andere Gesetze der Ukraine, internationale Verträge, die an die Zustimmung der Werchowna Rada der Ukraine gebunden sind, und die Prinzipien und Normen des Völkerrechts bestimmt.

Die vorübergehende Besetzung der in Artikel 1 Teil 1 dieses Gesetzes definierten Territorien der Ukraine durch die Russische Föderation, unabhängig von ihrer Dauer, ist illegal und begründet keine territorialen Rechte für die Russische Föderation.

Die Aktivitäten der bewaffneten Formationen der Russischen Föderation und der Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk widersprechen den Normen des Völkerrechts und sind illegal, und jede Handlung, die im Zusammenhang mit solchen Aktivitäten erlassen wird, ist ungültig und hat keine Rechtswirkung, mit Ausnahme von Dokumenten, die die Tatsache der Geburt oder des Todes einer Person in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk bestätigen und die gemäß dem Antrag auf staatliche Registrierung der Geburt einer Person und dem Antrag auf staatliche Registrierung des Todes einer Person beigefügt sind.

Die Verantwortung für materielle oder immaterielle Schäden, die der Ukraine infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation entstehen, liegt, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Normen des Völkerrechts, bei der Russischen Föderation.

Innerhalb der vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk gibt es ein besonderes Verfahren zur Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Zivilbevölkerung, definiert durch dieses Gesetz, andere Gesetze der Ukraine, internationale Verträge, die an die Zustimmung durch die Werchowna Rada der Ukraine gebunden sind, durch Prinzipien und Normen des Völkerrechts.

Natürliche Personen, unabhängig von ihrer Registrierung als Binnenvertriebene oder vom Erwerb einer besonderen Rechtsstellung, und juristische Personen behalten das Eigentum, andere Eigentumsrechte an Eigentum, einschließlich Immobilien, einschließlich Grundstücken in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk, wenn dieses Eigentum in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine erworben wird.

Für den Staat Ukraine behalten die territorialen Gemeinschaften von Dörfern, Siedlungen, Städten in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk, staatliche Behörden, lokale Selbstverwaltungsorgane und andere Subjekte des öffentlichen Rechts ihr Eigentum, andere Eigentumsrechte, einschließlich Immobilien, einschließlich Grundstücke in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk.

Das Verfahren zur Regulierung von Transaktionen und zur Ausübung der Rechte von Entitäten, die in [den o. a. Teilen] Absatz sechs und sieben dieses Artikels definiert sind und durch das Gesetz der Ukraine „Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und des Rechtsrahmens in den vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine“ bestimmt sind, gilt unter Berücksichtigung der notwendigen Änderungen (*mutatis mutandis*) für die vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine in den Gebieten Donezk und Luhansk, zusätzlich zu dem Verfahren für die Einreise von Personen in und aus den vorübergehend besetzten Territorien in den Regionen Donezk und Luhansk, das in Übereinstimmung mit diesem Gesetz eingerichtet wurde, und dem Verfahren für die örtliche Zuständigkeit von Fällen, die von den Gerichten in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk eingeleitet werden, das in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Ukraine „Über die Rechtspflege und das Strafverfahren im Zusammenhang mit der Antiterroroperation“ eingerichtet wurde.

**Artikel 3** Die staatliche Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk basiert auf der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine, internationalen Verträgen, deren Zustimmung von der Werchowna Rada der Ukraine erteilt wird, den Prinzipien und Normen des Völkerrechts.

**Artikel 4** Die Ziele der staatlichen Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk sind:

- 1) Befreiung der vorübergehend besetzten Gebiete in den Gebieten Donezk und Luhansk und Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in diesen Territorien;
- 2) Schutz der Rechte, Freiheiten und berechtigten Interessen von natürlichen und juristischen Personen;
- 3) Gewährleistung der Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität der Ukraine.

**Artikel 5** Zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk zu, handeln die Behörden und ihre Beamten auf der Grundlage und im Rahmen der Befugnisse und in der Weise, die in der [Verfassung](#) und den Gesetzen der Ukraine vorgesehen sind, um:

- 1) Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten der Zivilbevölkerung zu ergreifen;
- 2) politische und diplomatische Maßnahmen, Sanktionen und andere Maßnahmen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb der international anerkannten Staatsgrenzen durchzuführen, in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen der Ukraine, internationalen Verträgen, an denen mit Zustimmung durch die Werchowna Rada die Ukraine teilnimmt, den Prinzipien und Normen des Völkerrechts;
- 3) Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung zu ergreifen, um bewaffnete Aggressionen der Russischen Föderation abzuwehren und abzuschrecken;
- 4) unter Einbeziehung staatlicher Ressourcen und internationaler Hilfe das Verteidigungs- und Sicherheitspotenzial der Ukraine zu entwickeln, um die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation abzuwehren;
- 5) die Mechanismen der bilateralen internationalen Zusammenarbeit, internationaler Organisationen und internationaler Gerichte zu nutzen, um die von Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen aufrechtzuerhalten und zu verstärken und die Täter für Verbrechen gegen den Frieden, die Sicherheit der

Menschlichkeit und das internationale Recht und die internationale Ordnung strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

*{Artikel 5 Absatz 1 Punkt 5 in der Fassung des Gesetzes Nr. 948-IX vom 03.11.2020}*

**Artikel 6** Die Hauptrichtungen zum Schutz der Rechte und Freiheiten der Zivilbevölkerung in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk sind:

- 1) Schutz der politischen Grundrechte, bürgerlichen Rechte und der Freiheiten der Person;
- 2) Ergreifung von Maßnahmen zur Freilassung aller durch die Russische Föderation und die Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation illegal verhafteten und inhaftierten Bürger der Ukraine;
- 3) Unterstützung bei der Wiederherstellung verletzter materieller Rechte;
- 4) Unterstützung bei der Gewährleistung sozioökonomischer, ökologischer und kultureller Bedürfnisse, insbesondere durch die Durchführung von Maßnahmen, die vom zentralen Exekutivorgan der Ukraine festgelegt werden, das die Formierung und Umsetzung der staatlichen Politik in den vorübergehend besetzten Territorien in Verfolgung der einschlägigen Beschlüsse des Ministerkabinetts der Ukraine sicherstellt;
- 5) Bereitstellung rechtlicher und humanitärer Hilfe, auch unter Einbeziehung internationaler Hilfe, insbesondere der Erbringung medizinischer und sozialer Dienstleistungen in den von der Ukraine kontrollierten Territorien;
- 6) Förderung der Pflege kultureller Bindungen;
- 7) Gewährleistung des Zugangs zu Bildungseinrichtungen und Massenmedien der Ukraine.

Die Besonderheiten der Umsetzung anderer Rechte und Freiheiten der Zivilbevölkerung und der Beauftragung von Transaktionen in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk werden durch die Gesetze der Ukraine bestimmt.

Das Verfahren für die Einreise von Personen, die Verbringung von Waren in die vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk und die Ausreise von Personen, die Verbringung von Waren aus diesen Territorien wird in Übereinstimmung mit diesem Gesetz festgelegt.

Das Ministerkabinett der Ukraine ergreift alle Maßnahmen, die in der Gesetzgebung der Ukraine zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Mensch und Bürger vorgesehen sind, insbesondere überwacht es ständig den Stand der Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten und dokumentiert die Verletzung dieser Rechte und Freiheiten in den vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine, veröffentlicht diese und stellt internationalen Organisationen auf dem Gebiet des Schutzes der Menschenrechte und Freiheiten relevante Informationen zur Verfügung. Das Ministerkabinett trifft die notwendigen Maßnahmen zur Formierung eines Interministeriellen Koordinierungsgremiums, um die rechtliche Position des Staates in der Frage der Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation zusammenzufassen und einen konsolidierten Anspruch der Ukraine an die Russische Föderation in Bezug auf die Umsetzung ihrer internationalen rechtlichen Verantwortung für die bewaffnete Aggression gegen die Ukraine vorzubereiten.

Der *Beauftragte für Menschenrechte* der Werchowna Rada der Ukraine übt die parlamentarische Kontrolle über die Einhaltung der verfassungsmäßigen der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk aus und legt der Werchowna Rada der Ukraine erforderlichenfalls einen Sonderbericht über den Stand der Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten in diesen Territorien vor.

Die Ukraine trägt keine Verantwortung für die illegalen Handlungen der Russischen Föderation oder ihrer Besatzungsverwaltung in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk oder für die von ihnen getroffenen illegalen Entscheidungen.

**Artikel 7** Zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit, insbesondere zur staatlichen, wirtschaftlichen, informationellen, humanitären und ökologischen Sicherheit, zur Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk ergreifen die Organe des Sicherheits- und Verteidigungssektors und anderen staatlichen Organe der Ukraine und ihre Beamten Maßnahmen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine sowie zur Gewährleistung der umfassenden Entwicklung von Sicherheit, Wirtschaft, Information und Telekommunikation, der sozialen und humanen Infrastruktur in den Territorien, die an die

vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk angrenzen, implementieren in Übereinstimmung mit den Dokumenten der strategischen Verteidigungsplanung Maßnahmen zur Stärkung der Möglichkeiten zur Verteidigung und Sicherheit der Ukraine.

Die Russische Föderation als Besatzungsmacht ist für Verletzungen des Schutzes der Rechte der Zivilbevölkerung verantwortlich: in Übereinstimmung mit dem Vierten Haager Übereinkommen „Über die Gesetze und Gebräuche des Krieges auf dem Landweg“ und seinem Anhang: Verordnungen über die Gesetze und Gebräuche des Krieges auf dem Land vom 18. Oktober 1907, der Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten vom 12. August 1949 und dem Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 „Was den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte betrifft“ ([Protokoll I](#) vom 8. Juni 1977).

Die Tatsache des endgültigen Rückzugs und der völligen Abwesenheit aller bewaffneten Formationen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk in der in diesem Gesetz vorgeschriebenen Weise wird vom Verteidigungsminister der Ukraine und dem Innenminister der Ukraine durch gemeinsame Vorlage [Erklärung] an den Präsidenten der Ukraine festgestellt, der die entsprechende Entscheidung ausschließlich auf dieser Grundlage trifft.

**Artikel 8** Die nationale Sicherheit und Verteidigung, die Abwehr und Abzuschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk ist durch Folgendes zu gewährleisten:

- 1) Der *Generalstab der Streitkräfte* der Ukraine trifft im Einvernehmen mit den jeweiligen Chefs/Kommandeuren Festlegungen über die Heranziehung und den Einsatz von Kräften und Mitteln (Personal und Spezialisten einzelner Einheiten, Militäreinheiten, Bewaffnung, militärische Ausrüstung, Spezial- und Transportfahrzeuge, Kommunikations- und Telekommunikationsmittel, andere materielle und technische Mittel) aus dem Bestand der Streitkräfte der Ukraine, anderer in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildeter militärischer Formationen (des Sicherheitsdienstes der Ukraine, des Staatlichen Dienstes für spezielle Kommunikation und Informationsschutz der Ukraine, der Nationalgarde der Ukraine, des Staatlichen Grenzschutzdienstes der Ukraine, der Verwaltung für Staatssicherheit der Ukraine, des Staatlichen Spezialtransportdienstes), der Strafverfolgungsbehörden für besondere Zwecke, des Innenministe-

riums der Ukraine, der Nationalpolizei der Ukraine, der Geheimdienste der Ukraine, des zentralen Exekutivorgans, das die staatliche Politik im Bereich des Katastrophenschutzes umsetzt, sowie Mitarbeiter von Gesundheitseinrichtungen; {Artikel 8 Absatz 1 Punkt 1 in der durch Gesetz № 113-IX vom 19.09.2019 geänderten Fassung}

- 2) In den Sicherheitszonen, die an das Feindseligkeitsgebiet angrenzen, gibt es eine besondere Ordnung, die vorsieht, dass den Organen des Sektors Sicherheit und Verteidigung, anderen staatlichen Organen der Ukraine, besondere Befugnisse eingeräumt werden, die für die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation erforderlich sind. Die Grenzen der an den Raum der Gefechtshandlungen angrenzenden Sicherheitszonen werden vom *Chef des Generalstabs* – Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine auf Vorschlag des *Befehlshabers der Vereinten Kräfte* festgelegt;
- 3) In den Räumen der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk ist die Möglichkeit zu schaffen, dass befugte Personen von Ermittlungsstellen und Staatsanwaltschaften Befugnisse in Strafverfahren in Bezug auf Straftaten ausüben, die im Bereich der Durchführung dieser Maßnahmen begangen wurden, insbesondere aufgrund der Zulassungspflicht für Rechtsmediziner, Ermittler und Staatsanwälte in diesem Gebiet, und sie angemessen zu unterstützen. Die Zulassung von Rechtsmedizinern, Ermittlern und Anklägern in die Räume der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk erfolgt in der vom *Befehlshaber der Vereinten Kräfte* festgelegten Weise.

{Artikel 8 Absatz 1 wurde gemäß Gesetz Nr. Gesetz №948-IX vom 03.11.2020 durch Absatz 3 ergänzt}

Die Bereitstellung der Streitkräfte der Ukraine, anderer, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildeter, militärischer Formationen (des Sicherheitsdienstes der Ukraine, des Staatlichen Dienstes für spezielle Kommunikation und Informationsschutz der Ukraine, der Nationalgarde der

Ukraine, des Staatlichen Grenzschutzdienstes der Ukraine, der Verwaltung für Staatssicherheit der Ukraine, des Staatlichen Spezial-transportdienstes), Kräfte der Strafverfolgungsbehörden für spezielle Zwecke, des Innenministeriums der Ukraine, der Nationalpolizei der Ukraine, der Geheimdienste der Ukraine, des zentralen Exekutivorgans, das die staatliche Politik im Bereich des Katastrophenschutzes leitet, die Mitarbeiter von Gesundheitseinrichtungen mit den notwendigen Mitteln und Ressourcen, werden vom Ministerkabinett der Ukraine umgesetzt.

{Artikel 8 Absatz zwei i.d. Fassung des Gesetzes № 113-IX vom 19.09.2019

Der Beginn und der Abschluss von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk werden durch separate Entscheidungen des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Ukraine bestimmt.

**Artikel 9** Die strategische Führung der Kräfte und Mittel – der Streitkräfte der Ukraine, der anderen, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildeten, militärischen Formationen des Innenministeriums der Ukraine, der Nationalen Polizei der Ukraine, des zentralen Exekutivorgans, das die staatliche Politik auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes umsetzt – die an der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk beteiligt sind, wird vom Generalstab der Streitkräfte der Ukraine verwirklicht.

Die Führung der Kräfte und Mittel der Streitkräfte der Ukraine, anderer, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildeter, militärischer Formationen, des Innenministeriums der Ukraine, der Nationalpolizei der Ukraine, des zentralen Exekutivorgans, das die staatliche Politik im Bereich des Katastrophenschutzes umsetzt, die an der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung beteiligt sind, die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation direkt in den Gebieten Donezk und Luhansk abzuwehren und abzuschrecken, wird vom *Befehlshaber der Vereinten Kräfte* ausgeübt, der vom Präsidenten der Ukraine auf Vorschlag des *Generalstabschefs* – Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine ernannt wird.

Der *Befehlshaber der Vereinten Kräfte* übt seine Befugnisse über den *Vereinten Operativen Stab* der Streitkräfte der Ukraine aus. Die Befugnisse des Befehlshabers der Vereinten Kräfte werden durch die *Bestimmungen über den Vereinten Operativen Stab der Streitkräfte der Ukraine* festgelegt, die vom Generalstab der Streitkräfte der Ukraine erarbeitet und vom Obersten Befehlshaber der Streitkräfte [und Präsidenten] der Ukraine auf Vorschlag des Verteidigungsministers der Ukraine bestätigt wurden.

Das Vereinte Operative Stab der Streitkräfte der Ukraine führt über die zuständigen Organe der Militärverwaltung die Planung, Organisation und Kontrolle der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk durch, leitet, koordiniert und kontrolliert die Aktivitäten der militärisch-zivilen oder militärischen Verwaltungen (im Falle ihrer Bildung) in den Gebieten Donezk und Luhansk in Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung.

Militärpersonal, Strafverfolgungsbeamte und andere Personen, die an der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, der Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk beteiligt sind, sind zum Zeitpunkt solcher Ereignisse dem Befehlshaber der Vereinten Kräfte unterstellt, dessen Entscheidungen bindend für sie sind.

Die Einmischung von jedweden Personen, unabhängig von deren Position, in die Führung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, der Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk ist nicht erlaubt.

**Artikel 10** Im Falle einer Ausweitung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation außerhalb der Grenzen der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, der Gebiete Donezk und Luhansk werden die in Artikel 8 dieses Gesetzes genannten Kräfte und Mittel einbezogen und eingesetzt, um jederzeit und in jedem Teil des Territoriums der Ukraine Aggressionen abzuwehren und abzuschrecken, in Übereinstimmung mit Artikel 9 dieses Gesetzes.

**Artikel 11** Die Rechtsgrundlage für die Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation und die Wiederherstellung

der territorialen Integrität der Ukraine sind die Verfassung der Ukraine, die Gesetzgebung der Ukraine und Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.

**Artikel 12** Die Einreise von Personen, der Warenverkehr in die vorübergehend besetzten Gebiete in den Gebieten Donezk und Luhansk und die Ausreise von Personen, der Warenverkehr aus diesen Territorien erfolgen über die Einreise-/Ausreisekontrollpunkte.

Der *Befehlshaber der Vereinten Kräfte* hat im Falle einer tatsächlichen Bedrohung für das Leben und die Gesundheit von Personen, die die Demarkationslinie überschreiten, das Recht, die Einreise dieser Personen in die vorübergehend besetzten Gebiete der Gebiete Donezk und Luhansk für den Zeitraum des Bestehens dieser Bedrohung zu beschränken.

Die Ordnung für die Einreise von Personen, die Verbringung von Waren in die vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk und die Ausreise von Personen, die Verbringung von Waren aus diesen Territorien wird vom Ministerkabinett der Ukraine festgelegt.

Der Aufenthalt im Bereich der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk von Personen, die nicht an solchen Aktivitäten beteiligt sind, kann vom Befehlshaber der Vereinten Kräfte vorübergehend für die Dauer solcher Ereignisse eingeschränkt werden.

Die legitimen Forderungen von Beamten, die an der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk beteiligt sind, sind für Bürger und Beamte verpflichtend.

Um die vitalen Interessen der Gesellschaft und des Staates bei der Zurückweisung bewaffneter Aggressionen in den an die Kampfzone angrenzenden Sicherheitszonen zu gewährleisten, sind Militärpersonal, Strafverfolgungsbeamte und Personen im Sinne von Artikel 8 dieses Gesetzes an der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk beteiligt.

Sie haben in Übereinstimmung mit der Verfassung und der Gesetzgebung der Ukraine das Recht:

- 1) im Notfall Waffen und spezielle Mittel gegen Personen einzusetzen, die Straftaten oder andere Handlungen begangen haben oder begehen, die die Erfüllung der gesetzlichen Vollmachten von Personen behindern, die beteiligt sind an der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk oder Handlungen im Zusammenhang mit einem unbefugten Versuch, in das Gebiet der Umsetzung dieser Maßnahmen einzudringen;
- 2) die in Absatz 1 dieses Teils genannten Personen festzunehmen und an die Organe der Nationalen Polizei der Ukraine auszuliefern;
- 3) mit Bürgern und Beamten Ausweisdokumente und Identität zu überprüfen und in Ermangelung von Dokumenten zur Identifizierung Personen festzuhalten;
- 4) zur Durchführung einer Personenkontrolle der Bürger, Kontrolle von Gegenständen, die bei ihnen sind, Fahrzeugen und Gegenständen, die von ihnen transportiert werden;
- 5) die Bewegung von Fahrzeugen und Fußgängern auf Straßen und Wegen vorübergehend einzuschränken oder zu verbieten, Fahrzeuge, Bürger aus bestimmten Bereichen und Gegenständen fernzuhalten und/oder zurückzuholen, Fahrzeuge abzuschleppen;
- 6) Wohn- und andere Räumlichkeiten, Grundstücke im Besitz von Bürgern, auf dem Territorium und Räumlichkeiten von Unternehmen, Institutionen und Organisationen zu betreten (dort einzudringen), Fahrzeuge zu überprüfen, um Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung durchzuführen, bewaffnete Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk abzuwehren und abzuschrecken;
- 7) zur Verwendung von Kommunikationsmitteln und Fahrzeugen für offizielle Zwecke, einschließlich spezieller Mittel von Bürgern (mit ihrer Zustimmung), Unternehmen, Institutionen und Organisationen, mit Ausnahme von Fahrzeugen diplomatischer, konsularischer und anderer Repräsentanzen ausländischer Staaten und internationaler Organisationen.

### **Artikel 13            Schluss- und Übergangsbestimmungen**

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.
2. Mit diesem Gesetz billigt die Werchowna Rada der Ukraine gemäß Art. 85 Abs. 1 Punkt 9 der Verfassung der Ukraine den Entschluss des Präsidenten der Ukraine zum Einsatz der Streitkräfte der Ukraine und anderer, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildeter, militärischer Formationen, der gemäß Artikel 106 Absatz 19 der Verfassung der Ukraine erlassen wird, um die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk abzuwehren und abzuschrecken und die staatliche Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk zu gewährleisten.
3. Dieses Gesetz gilt unbeschadet des untrennbaren souveränen Rechts der Ukraine auf das vorübergehend von der Russischen Föderation besetzte Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sowie der Maßnahmen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Staatsgrenzen.
4. Die folgenden Rechtsakte der Ukraine werden geändert: ... [Siehe Anhang]
5. Festgestellt wird, dass bestimmte Merkmale der Tätigkeiten von Hochschuleinrichtungen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die aus dem vorübergehend besetzten Gebiet vertrieben wurden, in den Artikeln 2 und 5<sup>-1</sup> des Gesetzes der Ukraine „Über vorübergehende Maßnahmen für die Dauer der Antiterror-Operation (ATO)“ geregelt sind.
6. Bis das Ministerkabinett der Ukraine Entscheidungen über die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes trifft, sind Gesetze des Ministerkabinetts der Ukraine in Kraft, sowie Einschränkungen, die durch die Entscheidungen des Präsidenten der Ukraine auferlegt werden
7. Das Ministerkabinett der Ukraine hat innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes seine normativen Rechtsakte in Übereinstimmung mit diesem Gesetz zu bringen sowie sicherzustellen, dass Ministerien und andere zentrale Exekutivorgane ihre normativen Rechtsakte mit diesem Gesetz in Einklang bringen. ●

<b>Präsident der Ukraine</b>	<b>P. Poroschenko</b>
<b>Kiew 18 Januar 2018</b> <b>№ 2268-VIII</b>	

Zum **'Gesetz über die Wiedereingliederung des Donbass'**

vom 18. Januar 2018

(Mitteilungen der Werchowna Rada [MWR], 2018, № 10, Artikel 54)

4. Die folgenden Rechtsakte der Ukraine werden geändert:

- 1) im Gesetz der Ukraine „Über den Status von Kriegsveteranen, Garantien ihres sozialen Schutzes“ (Mitteilungen der Werchowna Rada der Ukraine, 1993, № 45, Artikel 425 mit den folgenden Änderungen):

- 1a) Artikel 6, Absatz 1, Punkt 19

Der erste Absatz sollte durch die Worte „bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk abwehren und abschrecken, wobei ihre Umsetzung direkt in den Territorien und während der Durchführung dieser Maßnahmen sichergestellt werden sollte“.

Der zweite Absatz ist in folgendem Wortlaut wiederzugeben:

„Das Verfahren zur Gewährung des Status eines Kombattanten an Personen, die im ersten Absatz dieses Punktes angegeben sind, die Kategorien dieser Personen und der Zeitpunkt ihrer Teilnahme (Sicherstellung, Durchführung) an der Antiterror-Operation (ATO), an Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk sowie in den Räumen der Antiterror-Operation (ATO) werden vom Ministerkabinett der Ukraine festgelegt. Die Räume der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation werden in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Ukraine 'Über Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk' festgelegt. Das Verfahren zur Aberkennung des Status eines Kombattanten von Personen, die im ersten Absatz dieses Punktes genannt sind, wird vom Ministerkabinett der Ukraine festgelegt.“

1b) Artikel 7 Absatz zwei

In Punkt 11 sollten die Worte „sowie Mitarbeiter von Unternehmen, Institutionen und Organisationen, die an der Gewährleistung der Antiterror-Operation (ATO) beteiligt waren und infolge von Verletzungen, Gehirnerschütterungen oder Verletzungen, die sie während der Antiterror-Operation (ATO) direkt in den Distrikten und während ihrer Durchführung erlitten haben, zu Menschen mit Behinderungen wurden“ ersetzt werden durch die Worte „während der direkten Beteiligung an der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk, die sich direkt in den Territorien und während der Umsetzung dieser Maßnahmen befinden, sowie Mitarbeiter von Unternehmen, Institutionen, Organisationen, die an der Gewährleistung der Antiterror-Operation (ATO) beteiligt sind, Gewährleistung der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk und zu Personen mit Behinderung aufgrund von Verletzungen, Gehirnerschütterungen, Verstümmelungen oder Krankheiten, die während der Antiterror-Operation (ATO) direkt in den Territorien und während ihrer Durchführung erlitten wurden, und gleichzeitig die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk direkt in den Territorien und während der Durchführung dieser Maßnahmen sicherzustellen.“

Ziffer 14 lautet:

„14) Personen, die freiwillig die Antiterror-Operation (ATO), die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk (einschließlich freiwilliger Tätigkeiten) geleistet haben (oder freiwillig daran teilgenommen haben) und infolge von Verletzungen, Gehirnerschütterungen, Verstümmelungen oder Krankheiten während der Antiterror-Operation (ATO) zu Menschen mit Behinderungen geworden

sind, sich direkt in den Territorien und während ihrer Umsetzung befinden und gleichzeitig die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung sicherstellen, die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk direkt in den Territorien und während der Durchführung dieser Maßnahmen abzuwehren und abzuschrecken“.

1c) Artikel 9 Punkt 13 wird wie folgt geändert:

Der erste Absatz sollte mit den Worten „die an der Sicherstellung der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, der Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk beteiligt waren und unmittelbar beteiligt waren, wobei sie sich unmittelbar in den Territorien und während der Durchführung dieser Maßnahmen nach dem gesetzlich festgelegten Verfahren befanden“.

Der zweite Absatz ist in folgendem Wortlaut wiedergegeben:

„Das Verfahren zur Gewährung des Status eines Kriegsteilnehmers an Personen, die im ersten Absatz dieses Absatzes genannt sind, die Kategorie dieser Personen, der Zeitpunkt ihrer Beteiligung an der Gewährleistung der Antiterror-Operation (ATO), die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk sowie in den Territorien der Anti-Terror-Operation werden vom Ministerkabinett der Ukraine festgelegt. Die Bereiche der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation werden in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Ukraine "Über Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien in den Gebieten Donezk und Luhansk" festgelegt;

1d) Artikel 10 Punkt 1 wird wie folgt geändert:

Der fünfte Absatz ist wie folgt formuliert:

„Familien von Personen, die sich freiwillig der Antiterror-Operation, der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, der Abwehr und Abschreckung bewaffneter

Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk (einschließlich freiwilliger Aktivitäten) zur Verfügung gestellt haben (oder freiwillig daran teilgenommen haben), die an den Folgen von Verletzungen, Gehirnerschütterungen, Verstümmelungen oder Krankheiten gestorben sind, die sie während der Antiterror-Operationen (einschließlich der Durchführung von Freiwilligentätigkeiten) erhielten und die sich direkt in den Räumen und während ihrer Durchführung befinden und gleichzeitig die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk (einschließlich der Durchführung von Freiwilligentätigkeiten) gewährleisten, die sich direkt in den Territorien und während der Durchführung dieser Maßnahmen befinden“.

in Absatz 8 die Worte „, und starben (verschwanden), verstarben an den Folgen von Verletzungen, Gehirnerschütterungen oder Verstümmelungen, die sie während der direkten Teilnahme an der Antiterror-Operation (ATO) erlitten hatten, wobei sie ihre Durchführung sicherstellten, wobei sie sich während ihrer Durchführung direkt in den Bereichen der Antiterror-Operation (ATO) befanden, sowie die Familien von Mitarbeitern von Unternehmen, Institutionen und Organisationen, die an der Gewährleistung der Antiterror-Operation (ATO) beteiligt waren, und starben (verschwanden), verstarben an den Folgen von Verletzungen, Gehirnerschütterungen oder Verletzungen, die während der Antiterror-Operation (ATO) direkt in den Territorien und während ihrer Durchführung erlitten wurden“ sollten durch die Worte „,bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk, ihre Durchführung gewährleisten, direkt in den Territorien und während der Durchführung dieser Maßnahmen und gestorben (vermisst), an den Folgen von Verletzungen, Gehirnerschütterungen, Verstümmelungen oder Krankheiten gestorben sind, die während der direkten Teilnahme an der Antiterror-Operation (ATO) erlitten wurden, bei Gewährleistung ihrer Durchführung, die sich während ihrer Durchführung unmittelbar in den Bereichen der Antiterror-Operation (ATO) befindet, während der direkten Beteiligung an der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der

nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk, um deren Durchführung sicherzustellen, sich direkt in den Räumen und während der Umsetzung dieser Maßnahmen befinden, sowie die Familien von Mitarbeitern von Unternehmen, Institutionen und Organisationen, die an der Gewährleistung der Anti-Terror-Operation beteiligt sind, die die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung sicherstellen, die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk abwehren und zu sterben (verschwunden sind), an den Folgen von Verletzungen, Gehirnerschütterungen, Verstümmelungen oder Krankheiten gestorben sind, die während sie der Antiterror-Operation (ATO) unmittelbar in den Territorien und während ihrer Durchführung erlitten, um die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk direkt in den Territorien und während der Durchführung dieser Maßnahmen zu gewährleisten“.

2) im Gesetz der Ukraine „Über die lokale Selbstverwaltung in der Ukraine“ (Information der Werchowna Rada der Ukraine, 1997, №24, Artikel 170 mit den folgenden Änderungen):

2a) in dem ersten Satz des zweiten Absatzes von Artikel 42 die Worte hinzuzufügen „oder das Gesetz der Ukraine „Über die rechtliche Regelung des Kriegsrechts“;

2b) Artikel 78 wird wie folgt geändert:

In Absatz eins Punkt 3 wird folgender Wortlaut festgelegt:

„3) in den Gesetzen der Ukraine "Über militärisch-zivile Verwaltungen" und „Über das rechtliche Regime des Kriegsrechts“ vorgesehen;

Im Absatz fünf die Worte „einschlägige militärisch-zivile Verwaltung“ werden durch die Worte „angemessene militärisch-zivile, militärische Verwaltung“ ersetzt;

2c) Artikel 79 wird wie folgt geändert:

Im zweiten Absatz des zweiten Teils werden die Worte „in dem im Gesetz der Ukraine vorgesehenen Fall ‘Über militärisch-zivile Verwaltungen’ durch die Worte “in den in den Gesetzen der Ukraine vorgesehenen Fällen

‘Über militärisch-zivile Verwaltungen’ und ‘Über die rechtliche Regelung des Kriegsrechts’“ ersetzt;

In Absatz 11 Punkt 3 werden die Worte „einschlägige militärisch-zivile Verwaltung“ durch die Worte „angemessene militärisch-zivile, militärische Verwaltung“ ersetzt;

2d) Artikel 79-1 wird wie folgt geändert:

Im zweiten Absatz wird der zweite Punkt mit folgendem Inhalt hinzugefügt:

„Die Befugnisse der Starosta können auch in dem im Gesetz der Ukraine vorgesehenen Fall „Über das rechtliche Regime des Kriegsrechts“ vorzeitig beendet werden;

Im siebten Absatz:

In Punkt Absatz 5 werden die Worte „zweiter Absatz dieses Artikels“ durch die Worte „Punkt eins des zweiten Absatzes dieses Artikels“ ersetzt.

Punkt 6 ist mit folgendem Inhalt hinzuzufügen:

„6) auf der im Punkt 2 des zweiten Absatzes dieses Artikels genannten Grundlage – ab dem Datum des Inkrafttretens der Handlung des Präsidenten der Ukraine über die Bildung der zuständigen Militärverwaltung der Siedlung (Siedlungen)“;

3) im Gesetz der Ukraine „Über militärisch-zivile Verwaltungen“ (Mitteilungen der Werchowna Rada der Ukraine, 2015, № 13, Artikel 87, Nr. 40-41, Artikel 382; 2016, Nr. 10, Artikel 108):

3a) In der Präambel sollen die Worte „im Bereich der Antiterror-Operation (ATO)“ durch die Worte „im Bereich der Abwehr der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, insbesondere im Bereich der Antiterror-Operation (ATO)“ ersetzt werden.

3b) Artikel 1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

Im ersten Absatz werden die Worte „im Bereich der Antiterror-Operation (ATO)“ durch die Worte „im Bereich der Abwehr der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, insbesondere im Bereich der Antiterror-Operation (ATO)“ ersetzt.

im zweiten Absatz:

nach den Worten „als Teil des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine“ die Worte „(im Falle ihrer Bildung zur Erfüllung der Befugnisse der zuständigen Stellen im Bereich der Anti-Terror-Operation)“

oder als Teil des Vereinten Operativen Stabes der Streitkräfte der Ukraine (im Falle ihrer Bildung zur Erfüllung der Befugnisse der zuständigen Stellen im Bereich der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk)“;

Nach den Worten „Beteiligung an Gegenmaßnahmen“ werden die Worte „Akte der bewaffneten Aggression“ und nach den Worten „Katastrophe in den Räumen“ die Worte „Abwehr der bewaffneten Aggression insbesondere der Russischen Föderation“ hinzugefügt;

3c) Artikel 3 wird wie folgt geändert:

Absatz vier nach den Worten „mit dem Antiterrorzentrum beim Sicherheitsdienst der Ukraine“ die Worte „(im Falle der Bildung zur Umsetzung der Befugnisse der zuständigen Stellen im Bereich der Anti-Terror-Operation) oder mit dem Vereinten Operativen Stab der Streitkräfte der Ukraine (im Falle der Ausbildung zur Umsetzung der Befugnisse der zuständigen Stellen im Bereich der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk)“;

den sechsten Absatz mit den Worten zu ergänzen „und im Falle der Bildung militärisch-ziviler Verwaltungen die Befugnisse der zuständigen Organe im Bereich der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung zu erfüllen und bewaffnete Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk abzuwehren und abzuschrecken – auf Vorschlag des *Befehlshabers der Vereinten Kräfte*“;

In Absatz acht werden die Worte „Leiter des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine auf Vorschlag des Leiters der zuständigen militärisch-zivilen Verwaltung“ durch die Worte „auf Vorschlag des Leiters der zuständigen militärisch-zivilen Verwaltung, des Leiters des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine und im Falle der Bildung von militärisch-zivilen Siedlungsverwaltungen zur Umsetzung der Befugnisse der zuständigen Stellen im Bereich der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit“ ersetzt. und

Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk - Befehlshaber der gemeinsamen Streitkräfte";

Im neunten Absatz:

Im ersten Satz sollen die Worte „und wenn die zuständigen regionalen militärisch-zivilen Verwaltungen nicht gebildet werden – der Leiter des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine“ durch die Worte „wenn die zuständigen regionalen militärisch-zivilen Verwaltungen nicht gebildet werden – der Leiter des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine, und im Falle der Bildung von militärisch-zivilen Siedlungsverwaltungen der Kreise militärisch-zivile Verwaltungen, um die Befugnisse der zuständigen Stellen im Bereich der Umsetzung Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk auszuüben – der Befehlshaber der Vereinten Kräfte“;

Der zweite Satz soll mit den Worten „und im Falle der Bildung von militärisch-zivilen Verwaltungen zur Erfüllung der Befugnisse der zuständigen Organe im Bereich der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, um die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk abzuwehren und abzuschrecken – der Befehlshaber der Vereinten Kräfte“ ergänzt werden;

Absatz elf nach dem dritten Absatz ist ein neuer Absatz mit folgendem Inhalt hinzuzufügen:

„Die Befugnisse der militärisch-zivilen Verwaltungen von Siedlungen, Räumen, regionalen militärisch-zivilen Verwaltungen werden auch in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Ukraine „Über das rechtliche Regime des Kriegsrechts“ beendet.

In dieser Hinsicht gilt der vierte Absatz als der fünfte Absatz;

In Absatz dreizehn werden die Worte „Leiter des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine auf Vorschlag des Leiters der zuständigen militärisch-zivilen Verwaltung ohne kompetitive Auswahl“ durch die Worte ersetzt „ohne kompetitive Auswahl auf Vorschlag des Leiters der zuständigen militärisch-zivilen Verwaltung durch den Leiter des

Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine“ und im Falle der Bildung von militärisch-zivilen Verwaltungen von Siedlungen für die Ausübung der Befugnisse der zuständigen Stellen im Raum der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk – der Befehlshaber der Vereinten Kräfte“;

3d) Im ersten Absatz des ersten Teils von Artikel 5 nach den Worten „mit dem Antiterrorzentrum beim Sicherheitsdienst der Ukraine“ werden die Worte „und im Falle der Bildung von militärisch-zivilen Verwaltungen zur Erfüllung der Befugnisse der zuständigen Organe im Bereich der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk – im Einvernehmen mit dem Befehlshaber der Vereinten Kräfte“;

3e) Artikel 6 wird wie folgt geändert:

Im zweiten Teil ist folgender Wortlaut einzufügen:

„2. Die militärisch-zivile Verwaltung der Siedlung (Siedlungen) wird vom Leiter geführt, der vom Leiter der zuständigen regionalen militärisch-zivilen Verwaltung im Einvernehmen mit dem Leiter des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine und im Falle der Bildung einer militärisch-zivilen Verwaltung der Siedlung (Siedlungen) ernannt und entlassen wird, um die Befugnisse der zuständigen Behörden im Bereich der Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk – im Einvernehmen mit dem Befehlshaber der Vereinten Kräfte. Wenn die zuständige regionale militärisch-zivile Verwaltung nicht gebildet wird, wird der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Siedlung (Siedlungen) auf den Posten ernannt und vom Leiter des Antiterrorzentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine entlassen, und im Falle der Bildung einer militärisch-zivilen Verwaltung der Siedlung (Siedlungen), um die Befugnisse der zuständigen Behörden im Bereich der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der

Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk zu erfüllen – der Befehlshaber der Vereinten Kräfte“;

In Punkt 10 des dritten Teils werden nach den Worten „für den Zeitraum bis zur Vollendung“ die Worte „insbesondere zur Abwehr der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation“ eingefügt;

3f) Artikel 7 Teil zwei ist zu streichen;

4) im Gesetz der Ukraine „Über das Rechtsregime des Kriegsrechts“ (Mitteilung der Werchowna Rada der Ukraine, 2015, Nr. 28, Artikel 250):

4a) Artikel 4 wird wie folgt geändert:

Der erste Absatz des dritten Teils wird durch die Worte „oder Beendigung ihrer Befugnisse in Übereinstimmung mit dem Gesetz“ ergänzt.

Dem ersten Satz des vierten Teils ist nach den Worten „innerhalb der durch das Gesetz der Ukraine festgelegten Bedingungen „Über die lokale Selbstverwaltung in der Ukraine“ mit den Worten „oder Beendigung ihrer Befugnisse in Übereinstimmung mit dem Gesetz“ hinzuzufügen;

Dem Teil neun ist folgender Inhalt hinzuzufügen:

„(9) Im Zusammenhang mit der Bildung militärischer Siedlungsverwaltungen erlöschen die Befugnisse der militärisch-zivilen Verwaltungen dieser Siedlungen ab dem Tag des Beginns der Ausübung ihrer Befugnisse durch die zuständige Militärverwaltung.

Im Falle der Bildung von Kreis- und Gebiets-Militärverwaltungen am Tag des Inkrafttretens des Aktes des Präsidenten der Ukraine über ihre Bildung werden die Befugnisse der betreffenden militärisch-zivilen Kreis- und Gebietsverwaltungen beendet“;

4b) Artikel 28 wird durch den Absätze 2 <sup>1</sup> mit folgendem Inhalt ergänzt:

„2 <sup>1</sup> Im Falle der Verhängung des Kriegsrechts in bestimmten Territorien im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in den Gebieten Donezk und Luhansk:

1) zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes des Präsidenten der Ukraine über die Einrichtung einer Militärverwaltung, die Befugnisse von: Gebietsrat, seine leitenden Angestellten, Beamten und Beamten der lokalen Selbstverwaltung, die in diesen Gremien tätig sind – im Falle der Bildung der zuständigen regionalen Militärverwaltung;

Kreisrat, seine leitenden Angestellten, Beamten und Beamten der lokalen Selbstverwaltung, die in diesen Gremien arbeiten - im Falle der Bildung der zuständigen Bezirksmilitärverwaltung;

Dorf, Siedlung, Stadt, Bezirksräte in Städten (im Falle ihrer Gründung), ihre Exekutivorgane, Dorf, Siedlung, Stadtoberhäupter, andere Beamte und Beamte der lokalen Selbstverwaltung, die in diesen lokalen Selbstverwaltungsorganen arbeiten, Starosten – im Falle der Bildung einer Militärverwaltung der betreffenden Siedlung (Siedlungen);

2) Kreis-, Gebiets-Militärverwaltungen, die in dem betreffenden Hoheitsgebiet zusammen mit den Befugnissen der lokalen staatlichen Verwaltungen die Befugnisse zur Einführung und Durchführung von Maßnahmen der Rechtsordnung des Kriegsrechts ausüben, sowie die in Artikel 15 Absatz 1 bis 10 des Dritten Teils dieses Gesetzes vorgesehenen Befugnisse;

3) Militärverwaltungen von Siedlungen, Kreis-, Gebiets-Militärverwaltungen üben ihre Befugnisse bis zum Tag der ersten Sitzung des zuständigen Rates aus, der nach der Abschaffung des Kriegsrechts gewählt wurde;

4) die Leitung, Koordinierung und Kontrolle der Aktivitäten der regionalen Militärverwaltungen in Bezug auf Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, die Umsetzung von Maßnahmen der Rechtsordnung des Kriegsrechts wird vom Vereinten Operativen Stab der Streitkräfte der Ukraine unter der allgemeinen Führung des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine –und in anderen Fragen vom Ministerkabinett der Ukraine im Rahmen seiner Befugnisse – durchgeführt; Leitung, Koordinierung und Kontrolle über die Aktivitäten der Kreis-Mezirksmilitärverwaltungen in Bezug auf Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Umsetzung von Maßnahmen des rechtlichen Regimes des Kriegsrechts werden von regionalen Militärverwaltungen durchgeführt, – und zu anderen Themen vom Ministerkabinett der Ukraine, regionalen staatlichen Verwaltungen in ihren Befugnissen;

5) Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine übt die in Artikel 14 Absätze 1, 3 und 4 dieses Gesetzes vorgesehenen Befugnisse aus, verantwortet die Organisation der Vorbereitung und Durchführung der Operativen Führung der Streitkräfte der Ukraine, der Einheiten, Truppenteile und Organen

anderer, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildeter, militärischer Formationen und Strafverfolgungsbehörden, während der Durchführung von Maßnahmen des Rechtsregimes des Kriegsrechts aus;

6) Der Befehlshaber der Vereinten Kräfte verwaltet direkt die Kräfte und Mittel der Streitkräfte der Ukraine, anderer militärischer Formationen, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildet wurden, die direkt an der Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, der Abwehr und Abschreckung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation und des Rechtsregimes des Kriegsrechts durch die zuständigen Militärbehörden beteiligt sind.“

- 5) Artikel 3 erster Absatz Punkt 3 des Gesetzes der Ukraine „Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und der Rechtsordnung in den vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine“ (Mitteilung der Werchowna Rada der Ukraine, 2014, Nr. 26, Artikel 892) wird wie folgt formuliert:

„3) Untergrund unter den in den Punkten 1 und 2 dieses Teils genannten Territorien und der Luftraum über diesen Territorien“;

- 6) Artikel 28 der Zivilprozessordnung der Ukraine (Mitteilung der Werchowna Rada der Ukraine, 2017, №48, Artikel 436) nach Teil sechzehn fügen Sie einen neuen Teil des folgenden Inhalts hinzu:

„(17) Ansprüche auf Schutz verletzter, nicht anerkannter oder umstrittener Rechte, Freiheiten oder Interessen natürlicher Personen (einschließlich des Ersatzes von Schäden, die infolge von Einschränkungen bei der Nutzung des Eigentums an Immobilien oder deren Zerstörung, Beschädigung) im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, bewaffneten Konflikten, vorübergehender Besetzung des Territoriums der Ukraine, Notfällen natürlicher oder vom Menschen verursachter Natur entstanden sind, können auch am Wohn- oder Aufenthaltsort des Klägers geltend gemacht werden.“

- 7) Ergänzung des ersten Teils von Artikel 5 des Gesetzes der Ukraine „Über die Gerichtsgebühr“ (Mitteilung der Werchowna Rada der Ukraine, 2012, № 14, Artikel 87 mit den folgenden Änderungen) durch die Absätze 21 und 22 des folgenden Inhalts:

„21) Antragsteller – in Fällen mit Anträgen auf Feststellung von Tatsachen, die im Zusammenhang mit bewaffneter Aggression, bewaffneten

Konflikten, vorübergehender Besetzung des Territoriums der Ukraine, natürlichen oder von Menschen verursachten Notfällen, die zu Zwangsumsiedlungen aus den vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine geführt haben, Tod, Verletzung, Inhaftierung, illegaler Inhaftierung oder Diebstahl sowie Verletzung des Eigentums an beweglichem und/oder unbeweglichem Vermögen;

22) Kläger – in Fällen von Ansprüchen gegen den Aggressorstaat der Russischen Föderation auf Entschädigung für Eigentum und/oder moralische Schäden im Zusammenhang mit der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine, bewaffnete Aggression, bewaffnete Konflikte, die zu Zwangsumsiedlungen aus den vorübergehend besetzten Territorien der Ukraine führten, Tod, Verletzung, Inhaftierung, illegale Inhaftierung oder Diebstahl sowie Verletzung von Eigentumsrechten an beweglichem und / oder unbeweglichem Vermögen“;

- 8) Artikel 3 des Gesetzes der Ukraine „Über die Bekämpfung des Terrorismus“ (Information der Werchowna Rada der Ukraine, 2003, № 25, Artikel 180) soll durch den zehnten Absatz mit folgendem Inhalt ergänzt werden:

„Die Antiterror-Operation (ATO) kann gleichzeitig mit der Zurückweisung der bewaffneten Aggression in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen und/oder unter den Bedingungen der Einführung des Kriegsrechts oder eines Ausnahmezustands in Übereinstimmung mit der Verfassung der Ukraine und der Gesetzgebung der Ukraine durchgeführt werden.“ ●

## Veröffentlichungen dieses Dokuments

- **Stimme der Ukraine** am 23. Mai 2018 – № 37
- **Staatlicher Kurier** vom 28. Februar 2018 — № 41
- **Offizielles Bulletin der Ukraine vom 06.03.2018 — 2018**, № 19, S. 7, Artikel 630, Gesetzbuch 89242/2018
- **Mitteilungen der Werchowna Rada** der Ukraine vom 09.03.2018 — 2018, № 10, S. 67, Artikel 54 ●

DOKUMENTATION

Offizielles Internet-Portal für Rechtsinformationen der Russischen Föderation:<sup>12</sup>

**ERLASS**  
des Präsidenten der Russischen Föderation  
vom 3. Mai 2022 **№252**

Über die Anwendung von speziellen wirtschaftlichen Antwortmaßnahmen  
im Zusammenhang mit den unfreundlichen Handlungen  
bestimmter ausländischer Staaten und internationaler Organisationen

Im Zusammenhang mit den unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der ausländischen Staaten und internationalen Organisationen, die sich ihnen angeschlossen haben, die das Ziel haben, der Russischen Föderation, Bürgern der Russischen Föderation und russländischen juristischen Personen das Recht am Eigentum illegal zu entziehen und (oder) ihr Eigentumsrecht einzuschränken, und um die nationalen Interessen der Russischen Föderation zu schützen sowie in Übereinstimmung mit dem Föderalen Gesetz Nr. 281-FZ vom 30. Dez. 2006 „Über spezielle wirtschaftliche Maßnahmen und Zwangsmaßnahmen“

w i r d   a n g e o r d n e t :

1. Die Föderalen Organe der Staatsmacht, Organe der Staatsmacht der Subjekte der Russischen Föderation, andere staatliche Organe, Organe der lokalen Selbstverwaltung, Organisationen und Natürliche Personen, die der Rechtsordnung der Russischen Föderation unterliegen, haben bei ihrer Tätigkeit davon auszugehen, dass ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Erlasses unter ihrer Kontrolle spezielle wirtschaftliche Maßnahmen auf einzelne juristische Personen, Natürliche Personen und Organisationen angewandt werden.
2. Die Anwendung der folgenden speziellen wirtschaftlichen Maßnahmen ist zu gewährleisten:
  - a) Den föderalen Organen der Staatsmacht, Organen der Staatsmacht der Subjekte [Entitäten] der Russischen Föderation, anderen staatlichen Körperschaften, Organen der lokalen Selbstverwaltung, Natürlichen Personen und Organisationen, die der Rechtsordnung der Russischen Föderation unterstehen ist es verboten:
    - Geschäfte (darunter den Abschluss von Außenhandelsverträgen) mit juristischen Personen, Natürlichen Personen und Organisationen unter

---

<sup>12</sup> Quelle: Abruf 4. Mai 2022 <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202205030001>

ihrer Kontrolle zu tätigen, für die spezielle wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden (im Folgenden – ‘sanktionierte Personen’);

- Verpflichtungen gegenüber sanktionierten Personen im Rahmen abgeschlossener Geschäfte (einschließlich abgeschlossener Außenhandelsverträge) zu erfüllen, wenn diese Verpflichtungen noch nicht oder nicht vollständig erfüllt sind;
  - Finanztransaktionen durchzuführen, deren Begünstigte sanktionierte Personen sind;
- b) Das Ausfuhrverbot von Produkten und (oder) Rohstoffen außerhalb des Hoheitsgebiets der Russischen Föderation, deren Herstellung und (oder) Gewinnung auf dem Territorium der Russischen Föderation erfolgt, sofern diese Produkte und (oder) Rohstoffe zugunsten von sanktionierten Personen und (oder) anderer Personen zugunsten sanktionierter Personen geliefert werden.
3. Dem Finanzministerium der Russischen Föderation ist das Recht zu gewähren, offizielle Erklärungen zur Anwendungsfragen dieses Erlasses abzugeben, mit Ausnahme des Absatzes 2, Buchstabe ‘a’, Unterpunkt 4 dieses Erlasses.
4. Der Zentralbank der Russischen Föderation ist das Recht zu gewähren, offizielle Erklärungen zu Anwendungsfragen von Absatz 2, Buchstabe ‘a’, Unterpunkt 4 dieses Erlasses abzugeben.
5. Die Regierung der Russischen Föderation hat innerhalb von 10 Tagen:
- a) die Liste der sanktionierten Personen zu bestätigen;
  - b) zusätzliche Kriterien festzulegen für die Klassifizierung von Transaktionen als solche Transaktionen, deren Ausführung und deren Verpflichtungserfüllung gemäß Absatz 2, Buchstabe ‘a’, Unterpunkt 2 und 3 dieses Dekrets verboten sind.
6. Dieser Erlass tritt ab dem Tag seiner amtlichen Veröffentlichung in Kraft und gilt bis zur Aufhebung der von ihm eingeführten speziellen wirtschaftlichen Maßnahmen. ●

**Präsident der Russischen Föderation W. Putin**

Moskau, Kreml, 3. Mai 2022, № 252.

DOKUMENTATION

Offizielles Internet-Portal für Rechtsinformationen der Russischen Föderation:<sup>13</sup>



REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION

VERORDNUNG

vom 11.Mai 2022 № 851

Über Maßnahmen zur Umsetzung des Erlasses  
des Präsidenten der Russischen Föderation

vom 3. Mai 2022 № 252

In Übereinstimmung mit dem Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 3. Mai 2022 № 252 „Über die Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen für spezielle wirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen bestimmter ausländischer Staaten und internationaler Organisationen“ hat die Regierung der Russischen Föderation

**a n g e o r d n e t :**

1. Die beigefügte Aufstellung [Liste] der juristischen Personen, gegenüber denen spezielle wirtschaftliche Maßnahmen angewandt werden, wird bestätigt.
2. Bezüglich Punkt 2 Buchstabe ‘a’ des Erlasses des Präsidenten der Russischen Föderation vom 3. Mai 2022 „Über die Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen für spezielle wirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen bestimmter ausländischer Staaten und internationaler Organisationen“ wird ein Verbot zur Durchführung von Handlungen mit den in der vorliegenden Aufstellung benannten Personen und der ihrer Kontrolle unterliegenden Organisationen (im Weiteren – sanktionierten Personen) verfügt.
3. Die folgenden zusätzlichen Kriterien für die Klassifizierung von Transaktionen als Transaktionen, deren Ausführung und Erfüllung von deren

<sup>13</sup>

Quelle: Abruf am 12. Mai 2022

<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202205110017?index=0&rangeSize=1>

Verpflichtungen gemäß Punkt 2 Buchstabe ‘a’ zweiter und dritter Absatz des Erlasses des Präsidenten der Russischen Föderation vom 3. Mai 2022 №252 „Über die Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen für spezielle wirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen bestimmter ausländischer Staaten und internationaler Organisationen“ verboten sind, werden festgelegt:

Transaktionen, die zugunsten von sanktionierten Personen getätigt werden; Transaktionen, die das Einlaufen von Schiffen in die Häfen der Russischen Föderation vorsehen, die Eigentum von sanktionierten Personen sind und von ihnen gechartert wurden, in ihrem Interesse oder in ihrem Namen; Transaktionen mit Zahlungen, Transaktionen mit Wertpapieren unter Beteiligung und (oder) zugunsten von sanktionierten Personen.

4. Die in dieser Verordnung vorgesehenen Verbote werden umgesetzt, wenn Personen, die spezielle wirtschaftliche Maßnahmen durchführen, Kenntnis davon haben, dass die Maßnahme zugunsten von sanktionierten Personen vollzogen wird.

5. Das Finanzministerium der Russischen Föderation wird als verantwortliches Organ für die Übermittlung von Vorschlägen an die Regierung der Russischen Föderation bestimmt:

- über Änderungsanträge zu der mit dieser Verordnung bestätigten Liste;
- über die Erteilung befristeter Genehmigungen für bestimmte Geschäfte mit sanktionierten Personen.

6. Die vorstehende Verordnung tritt am Tag ihrer amtlichen Veröffentlichung in Kraft. ●

Vorsitzender der Regierung  
der Russischen Föderation



M. Mischustin

LISTE der juristischen Personen,  
die speziellen wirtschaftlichen Maßnahmen unterliegen

---

1. Gazprom Germania GmbH /  
Газпром Германия ГмбХ (Deutschland);
2. Gazprom NGV Europe GmbH (Deutschland) /  
Газпром Эн Джи Ви Юроп ГмбХ (Германия);
3. Astora GmbH (Deutschland) /  
Астора ГмбХ (Германия);
4. ZGG Zarubezhgazneftchim Trading GmbH (Österreich) /  
ЗГТ Зарубежгазнефтехим Трейдинг ГмбХ (Австрия);
5. GAZPROM Schweiz AG (Schweiz) /  
Газпром Швайц АГ (Швейцария);
6. WIEE Hungary kft. (Ungarn) /  
ВИЕЕ Хунгари кфт. (Венгрия);
7. WIEE Bulgaria EOOD (Bulgarien) /  
ВИЕЕ Булгария ЕООД (Болгария).
8. IMUK AG (Schweiz) /  
ИМУК АГ (Швейцария).
9. WIBG GmbH (Deutschland) /  
ВИБГ ГмбХ (Германия).
10. WIEN GmbH (Deutschland) /  
ВИЕХ ГмбХ (Германия).
11. WINGAS GmbH (Deutschland) /  
ВИНГАЗ ГмбХ (Германия).
12. WINGAS UK Ltd. (Großbritannien) /  
ВИНГАЗ УК Лтд. (Великобритания).

LISTE der juristischen Personen, die speziellen wirtschaftlichen Maßnahmen unterliegen

13. WINGAS Sales GmbH (Deutschland) /  
ВИНГАЗ Сэйлз ГмбХ (Германия).
14. WINGAS Holding GmbH (Deutschland) /  
ВИНГАЗ холдинг ГмбХ (Германия).
15. Industriekraftwerk Greifswald GmbH (Deutschland) /  
Индустриkraftwerk Грайфсвальд ГмбХ (Германия).
16. VEMEX ENERGO s.r.o. (Slowakei) /  
ВЕМЕКС ЭНЕРГО с.р.о. (Словакия).
17. WINGAS Benelux s.r.l. (Belgien) /  
ВИНГАЗ Бенилюкс с.р.л. (Бельгия).
18. Gazprom Marketing & Trading Ltd. /  
Газпром Маркетинг энд Трейдинг Лтд.
19. Gazprom Global LNG Ltd. (Großbritannien) /  
Газпром Глобал Эл Эн Джи Лтд. (Великобритания).
20. Gazprom Marketing & Trading France SAS /  
Газпром Маркетинг энд Трейдинг Франц САС (Франция).
21. Gazprom Marketing & Trading USA Inc. (USA) /  
Газпром Маркетинг энд Трейдинг ЮЭсЭй Инк. (США).
22. Gazprom Marketing & Trading Switzerland AG (Schweiz)/  
Газпром Маркетинг энд Трейдинг Свитцерланд АГ (Швейцария).
23. Gazprom Marketing & Trading Singapore PTE. Ltd. (Singapur) /  
Газпром Маркетинг энд Трейдинг Сингапур ПТЕ. Лтд. (Сингапур).
24. Gazprom Marketing & Trading Retail Ltd. (Großbritannien)/  
Газпром Маркетинг энд Трейдинг Ритэйл Лтд. (Великобритания).
25. Gazprom Mex (UK) 1 Ltd. (Großbritannien) /  
Газпром Мекс (ЮКей) 1 Лтд. (Великобритания).
26. Gazprom Mex (UK) 2 Ltd. (Großbritannien) /  
Газпром Мекс (юкей) 2 лтд. (Великобритания).
27. PremiumGas S.p.A. (Italien) /  
ПремиумГаз С.п.А. (Италия).

LISTE der juristischen Personen, die speziellen wirtschaftlichen Maßnahmen unterliegen

28. VEMEX s.r.o. (Tschechien) /  
ВЕМЕКС с.р.о. (Чехия).
  29. VEMEX ENERGIE a.s. (Tschechien) /  
ВЕМЕКС ЭНЕРГИ а.с. (Чехия).
  30. WIEE ROMANIA SRL (Rumänien) /  
ВИЕЕ РОМАНИЯ СРЛ (Румыния).
  31. EUROPOL GAZ S.A. (Polen) /  
АО 'ЕВРОПОЛ ГАЗ' (Польша). ●
-

Online-Portal der 'Komsomolskaja Prawda', 8. April 2022, Moskau

## Die Hegemonie und Politik der Stärke des Westens sind eine Quelle der Instabilität in der Welt

Quelle: (bearb., Abruf 16. Mai 2022) <https://www.kp.ru/daily/27376/4569580/>

---

ПОЛИТИКА

8 апреля 2022 0:00

### **Гегемония и силовая политика Запада — источник нестабильности в мире**

В авторской колонке для «Комсомольской правды» Посол Китая в России рассуждает о том, как Североатлантический Альянс годами подрывал сферу безопасности мира

Чжан ХАНЬХУЭЙ

#### **«НАТО — первопричина и опухоль, повлекшая все эти конфликты»**

Более трёх десятилетий миновало с момента окончания холодной войны, тёмные тучи конфликтов и войн ещё не рассеялись, а потрясения и нестабильность по-прежнему преследуют человечество. Что же происходит с миром? Что нарушает мир и покой людей? Испанская газета *Rebelión* недавно написала, что «ненасытное стремление НАТО к своим целям — это корень проблем и та самая раковая опухоль, которая лежит в основе всех этих конфликтов».

Тридцать лет назад НАТО во главе с США победили в холодной войне. Но победа не остановила стремление Альянса к расширению — а, скорее, лишь ускорила экспансию. За последние 30 лет он пять раз вероломно расширялся на Восток, в результате чего количество государств-членов увеличилось с 16 до 30, а «острие меча» от Берлинской стены дошло до самой российской границы. Всеми средствами ликвидировалась сфера влияния бывшего Советского Союза, в страны Восточной Европы было направлено большое количество современных стратегических наступательных вооружений, великую державу беспощадно загоняли в угол.

Очевидно, что цели НАТО выходят далеко за рамки сдерживания бывших соперников. Чтобы установить однополярный мир, где царствует один гегемон, — члены Альянса ставят интересы Америки и

всего Запада на первое место, в глобальных масштабах борются с инакомыслием, причем крайне жестко и в духе полной вседозволенности.

Вооружившись идеей собственной исключительности, они наступают на Восток сразу в трёх измерениях.

Во-первых, НАТО спровоцировало серию войн против суверенных государств. Руководствуясь теорией «столкновения цивилизаций», члены Альянса разжигали войну в Боснии и Герцеговине. Под знаменем «гуманитарной интервенции» вторглись в Косово и расчленили Югославию, в ходе той операции ещё и нагло разбомбив Посольство Китая в СРЮ в 1999 году. Затем, в соответствии с так называемой «доктриной превентивных ударов», они вторглись в Ирак в обход Организации Объединённых Наций, используя пробирку со стиральным порошком в качестве доказательства «наличия оружия массового уничтожения». Под предлогом «демократических преобразований» ввели войска в Ливию и Сирию. Во имя «борьбы с терроризмом» двадцать лет вели войну в Афганистане. На протяжении многих лет НАТО сеяло хаос по всему миру. Согласно неполным данным, войны, которые вел и в которых участвовал этот блок, только после 2001 года унесли жизни 900 тысяч человек, включая почти 400 тысяч мирных жителей. Десятки миллионов людей в Афганистане, Ираке, Ливии, Сирии и других государствах лишились крова и стали беженцами, их страны были разорены, а семьи разрушены.

Во-вторых, члены НАТО постоянно провоцируют «цветные революции» по всему миру, преследуя свои геополитические интересы. «Революция роз» в Грузии, «оранжевая революция» на Украине, «тюльпановая революция» в Киргизии, «кедровая революция» в Ливане, «арабская весна», начатая «жасминовой революцией» в Тунисе, как и потерпевшая неудачу «цветная революция» в Беларуси и «волнения из-за поправок в Закон об экстрадиции из Сянган» — за всем этим стоит НАТО во главе с США. Чего они только не делали для создания хаоса и потрясений, лишь бы ловить рыбу в мутной воде!

В-третьих, под прикрытием «демократии и прав человека» члены Альянса грубо вмешиваются во внутренние дела других стран для сдерживания их развития. Против России, КНДР, Ирана, Венесуэлы и

других «неуступчивых и непослушных» — НАТО орудовало дубиной односторонних санкций, которые вводятся по всем направлениям, включая политику, экономику и научно-техническую сферу. Точно так же, чтобы подорвать развитие Китая, они придумали ложь века о «геноциде» в Синьцзяне, тайно поддерживали клику Далай-ламы в её сепаратистской деятельности, часто посылали неверные сигналы силам, выступающим за «независимость Тайваня», неоднократно создавали торговые трения между Китаем и США. Дело даже дошло до незаконного задержания финансового директора компании Huawei, госпожи Мэн Ваньчжоу, почти на 1000 дней в Ванкувере. И в этой войне Запад не брезгует никакими средствами дезинформации и очернения, пускает в ход весь арсенал методов для введения санкций и оказания давления. Впрочем, напрасно — все эти нечистоплотные замыслы видны как на ладони.

### **«Оборонительный альянс» превратился в инструмент гегемонии США**

Первый генеральный секретарь НАТО лорд Исмей в начальные годы после основания этого блока обозначил его цели: «Не выпускать американцев, не впускать русских и не распускать немцев».

(«[Keep the Americans in, the Russians out and the Germans down](#)».)

С окончанием холодной войны все эти цели потеряли смысл, для дальнейшего существования НАТО не было никаких причин. Но вместо того, чтобы распуститься, как в свое время Организация Варшавского договора — НАТО, этот «уродец времен холодной войны», превратился в «наемного убийцу №1» на побегушках Вашингтона для установления однополярного мира.

С тех пор Запад безрассудно посягает на суверенитет других стран в ущерб глобальной безопасности, в своих геополитических интересах открывает один ящик Пандоры за другим, что создает дурные прецеденты в развитии международных отношений, расшатывает общепризнанные нормы и серьезно подрывает мир и стабильность во всем мире.

Однако НАТО, не считаясь с фактами, не только пропагандирует двойные стандарты, но и выступает за так называемый «международный порядок, основанный на правилах», что является классическим приемом манипуляции и подмены понятий.

«Правила», о которых они говорят, установлены западными странами и служат интересам миропорядка, где доминирует сам Запад. По сути, они заменяют универсальные основополагающие нормы международных отношений некими «правилами» собственного изготовления и грубо навязывают другим свою волю. Это не имеет никакого отношения к осознанному соблюдению безопасности или демократии — это какое-то новое «кулачное право». Эгоистичная блоковая политика и решение мировых вопросов «узким кругом избранных» идут вразрез с реальностью, сулят ничтожные перспективы и приведут лишь в полный исторический тупик.

Наш ответ — концепция общей, комплексной, совместной и устойчивой безопасности: это и есть настоящий факел свободы, освещающий путь для всего мира

Китайская цивилизация была всегда привержена миру и гармонии. Как гласят древние китайские пословицы: «мораль и нравственность нужны для сохранения мира между царствами и взаимопонимания между людьми», «мир — высшая ценность», «благородный человек находится в гармонии с другими при сохранении собственных мнений».

На протяжении тысячелетий эти представления вошли в плоть и кровь китайского народа, стали его генетической памятью. Первое великое объединение в истории китайского государства произошло во времена династии Цинь (почти 2200 лет назад), которая после этого оказалась на пике мощи, но не пошла на всех войной, а строила Великую стену и укрепляла защитные сооружения.

Затем, во времена династии Хань (202 г. до нашей эры – 220 г. н.э.), чья военная сила не имела равных, Китай открыл Шёлковый путь, который проходил с востока на запад и соединял Европу и Азию, став глобальной артерией дружественного общения.

Далее, при династии Сун (960–1279 г.), ВВП Китая составлял 40% мирового, но он никогда не вёл агрессивную экспансию, распространяя лишь идею дружбы, мира и сотрудничества.

При династии Мин (1368–1644 г.) китайские военные технологии доминировали на земном шаре, а адмирал Чжэн Хэ, возглавив крупнейший флот того времени, в начале XV века совершил семь путешествий на Запад, дойдя до восточного побережья Африки. И нёс не

войну и убийство, а шёлк, фарфор, чай и передовые китайские технологии.

Наконец, Китайская Народная Республика с момента своего образования в 1949 году всегда придерживалась независимой и миролюбивой внешней политики. Китай, будучи инициатором пяти основных принципов мирного сосуществования, всегда стоит вместе с большинством развивающихся стран и выступает за то, что все страны мира – большие или малые, сильные или слабые – равны.

Мы выступаем против империалистического гегемонизма и политики силы, твёрдо отстаиваем международную систему, в центре которой находится ООН, и мировой порядок, основанный на международном праве. Неизменно продвигая политику реформ и открытости, мы остаемся привержены принципам взаимной выгоды и обоюдного выигрыша, стремимся к консультациям и сотрудничеству.

С 2012 года, когда Китай начал высококачественное продвижение «Пояса и Пути», была выдвинута Инициатива по глобальному развитию, проделана огромная работа по формированию многополярного мира и продвижению общих ценностей всего человечества, таких как мир, развитие, равенство, справедливость, демократия и свобода, продолжались колоссальные усилия к построению Сообщества единой судьбы человечества.

На фоне возрождения менталитета холодной войны в США и других западных странах, которые всячески провоцируют блоковое противостояние, подрывают международный правопорядок, увлекаются продвижением созданием барьеров, упиваются гегемонией и глумлением над слабыми странами, – Китай решительно выступает против этого, против менталитета холодной войны и «игры с нулевой суммой». Китай решительно выступает за новую концепцию общей, комплексной, совместной и устойчивой безопасности.

Общая безопасность означает, что безопасность одного государства не должна обеспечиваться за счёт безопасности другого, что региональная безопасность не может быть достигнута за счёт расширения военных блоков – и что безопасность неделима.

Комплексная безопасность подразумевает комплексное поддержание безопасности в традиционных и нетрадиционных областях, предполагает

выработку скоординированных шагов по управлению безопасностью на основе комплексного анализа исторической подоплеку проблемы и реальной ситуации.

Совместная безопасность означает содействие безопасности во всех уголках планеты и укрепление стратегического взаимодоверия между всеми странами мира посредством диалога и сотрудничества, разрешение споров мирными средствами.

Устойчивая безопасность — предполагает одинаково важное значение развития и безопасности для достижения долгосрочной стабильности. Развитие – это важнейший залог безопасности. Поэтому необходимо проводить активную работу по улучшению благосостояния населения и сокращению разрыва между богатыми и бедными, — то есть способствовать устойчивой безопасности посредством устойчивого развития.

Новая концепция безопасности, предложенная Китаем, соответствует стремлению к миру, развитию, сотрудничеству и общему выигрышу, которые являются основными трендами эпохи глобализации. Она отражает необходимость налаживания всеми странами сотрудничества для адекватного реагирования на вызовы в сфере безопасности, демонстрирует сотрудничество в духе солидарности и дружбы, что диаметрально противоположно «концепции безопасности НАТО», пропитанной блоковой политикой и военным противостоянием – и представляет собой эффективный рецепт, по-настоящему способный содействовать поддержанию мира и развития на всем земном шаре. С китайским народом не стоит связываться, если его разозлить – это может плохо кончиться

В последнее время коллективный Запад во главе с США часто разыгрывает «карту Синьцзяна», «карту Сянган [Гонконга – ред.]» и «карту Тайваня», злонамеренно распространяет дезинформацию и фейки, чтобы оказать давление и сдерживать развитие Китая. В ход пускают самые грязные и циничные приемы, которые далеко выходят за все рамки морали.

Например, Вашингтон и его союзники придумали чудовищный абсурд: так называемый «геноцид», «принудительный труд» и «религиозное угнетение» в Синьцзяне – уникальном районе на северо-западе КНР.

Всё это – попытка подорвать национальное единство Китая и помешать его развитию. За последние 60 лет экономика Синьцзяна выросла в 160 раз, уйгурское население увеличилось с 2,2 млн до 12 млн человек, а средняя продолжительность жизни выросла с 30 лет до 74,7 лет. В среднем на 530 мусульман в Синьцзяне приходится одна мечеть, общее количество мечетей в одном Синьцзяне в десятки раз больше, чем на всей территории Соединённых Штатов. О каком «геноциде» и «религиозном угнетении» тут может идти и речь?

Точно так же коллективный Запад пытался подорвать процветание и стабильность Сянган, делая ставку на провоцирование «цветной революции» посредством «волнений из-за поправок об экстрадиции» – закону, благодаря которому преступники, совершившие преступления в материковом Китае, больше не смогут найти прибежище на этом городе-острове.

Тогда Запад ввёл незаконные санкции, укрывая тех, кто поддерживал антикитайские беспорядки в Сянгане, и даже поручил нескольким членам украинского «батальона Азов» (\*признан экстремистским и запрещён в России – ред.) прибыть в этот островной город, чтобы обеспечить провокациям руководство и поддержку.

Хочу напомнить: дела Сянгана являются исключительно внутренним делом Китая. Китайское правительство своевременно предприняло ряд решительных и важных мер, включая принятие Закона о национальной безопасности Сянгана и улучшение его избирательной системы, придерживаясь принципа «одна страна – две системы» и реализуя принцип «патриоты правят Сянганом». Это позволило переломить ситуацию в мегаполисе, которая успешно перешла от хаоса к правопорядку, и разрушить заговор США и других западных стран.

В последнее время Вашингтон и его союзники вновь стали раздувать шум по тайваньскому вопросу. Они продолжают поставки оружия на остров, укрепляют американо-тайваньские военные связи, попустительствуют силам «независимости Тайваня», продолжают накалять обстановку и демонстрацию силы в Южно-Китайском море и искусственно провоцируют геополитическую конфронтацию.

Тогда как в Конституции, в Законе о противодействии деятельности по расколу страны, в Законе о государственной безопасности и в Законе о

противодействию иностранным санкциям КНР четко написано: в мире есть только один Китай, и Тайвань – неотъемлемая часть священной территории Китая.

Вот почему Китай выступает против вмешательства любой страны во внутренние дела Китая любыми средствами под любым предлогом. Мы призываем США соблюдать принцип одного Китая и соответствующие положения китайско-американских совместных коммюнике и не играть с огнём в тайваньском вопросе.

Как сказал Председатель Си Цзиньпин:

«Китайский народ не создаёт проблем, но и не боится их. Никакие трудности и риски не заставят Китай заискивающе поклониться и тем более стоять на коленях! Китайский народ невозможно запугать или сломить! Мы никогда не будем сидеть сложа руки и смотреть, как ущемляется наш национальный суверенитет, интересы безопасности и развития — и мы никогда не позволим никому посягнуть на священную территорию нашей Родины и разделить её. Ни одной стране не стоит ожидать, что мы поступимся своими коренными интересами или смиримся с попытками третьих сил нанести ущерб суверенитету, безопасности и интересам развития Китая». ●

Чжан ХАНЬХУЭЙ

Посол Китая в России

\* \* \*

# THE NATIONAL INTEREST

March 9, 2022 *Topic:* Russia-Ukraine War *Region:* Europe *Tags:* Russia U.S.-Russia  
Relations Russia Sanctions Decoupling

## Konstantin Remchukov: "Russia Is Fully Switched Off From the West"

*National Interest* editor Jacob Heilbrunn  
interviews leading Russian journalist Konstantin Remchukov  
about Russia, Ukraine, and America.

by **Jacob Heilbrunn**

Jacob Heilbrunn (**JH**): Is there a way out of this crisis for Ukraine, Russia, and America?

Konstantin Remchukov (**KR**): Theoretically, there is always a way out. Practically, at this moment, I don't think it's going to be finished soon. JH: Why not?

**KR**: We are witnessing the rise of a cancel culture directed against Russia. I don't understand the mechanism to end it. Each day companies—McDonald's, Coca-Cola, Adidas—are leaving Russia. It is often driven by emotions and an evident lack of presumption of innocence. I fundamentally believe that sooner or later things will settle down. But I also believe that canceling Russia is a huge difference as opposed to previous rounds of sanctions.

By contrast, in the concrete case of Russian and Ukrainian military confrontation, it could end, if Ukraine meets the fundamental demands of Russia on NATO. Ukrainian President Volodymyr Zelenskyy may prepare his people for why he will change his attitude. But Zelenskyy also wants guarantees for neutral status. What kind of guarantee could there be in this

<sup>14</sup> Quelle: Abruf 12.03.2022 <https://nationalinterest.org/print/feature/konstantin-remchukov-%E2%80%9Crussia-fully-switched-west%E2%80%9D-201100>

atmosphere of distrust? How should we implement the Budapest Memorandum and what would be the obligations of the parties? We need to start thinking about this.

**JH:** Why did Russian president Vladimir Putin march into Ukraine? Many Western observers did not believe he would attack and the view is now widespread that Putin blundered, the Russian Army is a Potemkin Army, and Putin is mired in a war Russia ultimately cannot win.

**KR:** I think we know why he entered the conflict. His address on February 24 made it clear. When you analyze the consequences of any aggressive move against Ukraine, I personally do not see any pluses. Since I don't see external things which would be good for Russia because of war and sanctions, I thought about internal motives.

The internal motives brought me to the conclusion that Putin has stopped any rhetoric about a transition. There is no more talk of a transition of power. Putin ended it. Now being surrounded by unfriendly states—they are officially called unfriendly by our authorities—it is unacceptable for our leader to leave.

In addition, if you look at his address, he gave a clear-cut system of arguments for what is going on. He said the international rule of law does not exist any longer. The West misuses the General Assembly. They could bomb Iraq, Afghanistan, Yugoslavia, and recognize Kosovo. In all those cases it was against international law, he said. If the West would accuse Russia of breaking international law, please read my points of where the West violated it. He also spoke of a moral failure of the West—the empire of liars. He said it is impossible to talk with the West because they will always cheat and deceive you. They are immoral.

He also mentioned that Ukraine as a state is not valid. It could be rearranged. He appealed to the fact that modern Ukraine borders were created during the Soviet time. Limited sovereignty doctrine. Remember that Leonid Brezhnev used it in Czechoslovakia—they didn't have the right to develop their relations with the West because they didn't have full sovereignty.

Now I see the same approach. Russia denied the right of Ukraine to choose its partners. At the same time, the Kremlin insists that Russia has the right to a peaceful and at least neutral country on its borders. Russia, Putin says, has

geopolitical and national interests, which Moscow will determine like Washington does. There are only three countries in the world that have these geopolitical interests. The rest of the world does not.

**JH:** Putin seems to be thinking big these days.

**KR:** Putin believes that the world in the last hundred years is based on the end of world wars. World War I resulted in the Treaty of Versailles and the League of Nations; World War II, in Yalta, Potsdam, and the United Nations. Now I understand that Putin thinks we shouldn't wait until the end of World War III to set up the new world order. He tried to impose his vision and to create a crisis so that the world will think it is on the brink of a nuclear disaster, prompting it to sit down and negotiate a new world order recognizing the national and geopolitical interests of the Russian Federation.

**JH:** Hasn't the war backfired and turned into a military catastrophe?

**RM:** I can't confirm that it's catastrophic. I think it's a lack of good intelligence, which suggested Ukrainians will meet Russian soldiers with bread and salt. It's a miscalculation because those advisers who provoked Russia to enter said Zelenskyy wasn't popular. I think now they understand how dramatically mistaken they were.

Most of what I thought we could do was to push Ukrainian forces from Lugansk and Donetsk. I do not understand what we could do with Kyiv or Lviv. I don't see the ultimate image of the war. World War II was the Red Flag waving over the Reichstag in conquered Berlin. Putin says we don't want to occupy Ukraine.

**JH:** A *Washington Post* headline today says a new iron curtain is descending on Russia.

**KR:** From my point of view, it's even worse than that. It's isolation unseen on this scale in our history. We are fully switched off from the West. In the Soviet era, there were trains that went to Berlin or Paris. Now there is not even a flight. The income of the middle-class is frozen. They've become like paupers with the fall of the ruble. With the iron curtain, we had imports. You could travel to Paris or New York. Now it seems to be over.

There is no competition of information. It is all propaganda again. No transition of power. No competition in the information field. No alternative to what the Kremlin imposes with its media resources. Donald Trump's

policies led to the division of West. Putin's policies brought about the union of the West. I don't think this was the goal if there was any goal.

**JH:** If the war is grinding on in two to three weeks, do you believe there is the potential for a power struggle in the Kremlin? Or is this a fantasy in the West?

**KR:** So far, it is a fantasy in the West. It will be quite clear that the current ministers responsible for foreign and military policy failed to implement their promises. They will be removed. New people will be appointed and they will achieve peaceful negotiation results.

**JH:** Some in Washington want to topple Putin or hope that he will be toppled from power.

**KR:** Not now. Not now.

**JH:** What about China? Are relations improving or will it move in and strip-mine Russia's natural resources?

**KR:** Of course, they will profit. Of course, they will tighten their grip. At the same time, their strategic relationship is as strong as any time. China is watching the direction of the West. Everyone is assessing what will happen in Taiwan. Is the West ready to impose sanctions on China? The West depends more on China. Everybody is watching. China proposes new channels to finance Russia with the yuan. Turkey also proposed to increase trade and that we conduct trade in rubles. India watches for its opportunities. Then there is Iran. I don't think China will swallow Russia very soon. They will be together against the West.

**JH:** What about the closing of the radio station Echo Moskvy? Why was it shuttered?

**KR:** They invited some people from Ukraine. One said Putin should be murdered. There was no disclaimer. The other said that nuclear bombs should be used against Moscow. The authorities decided that in the condition of special military operations, it goes beyond information; it is hostile propaganda material on the radio.

**JH:** The perception in the West, based on the recent law mandating fifteen years in prison for fake information, is that Russia is returning to a totalitarian state? Do you agree?

**KR:** In this respect, yes. Absolutely controlled. Today, I signed a letter which was demanded from a publishing facility, which prints our newspaper. Every night before each issue I am supposed to give a brief account of what we write about and to sign that there is no material against this particular war. If the printing house gets my paper, it is distributed and then they find something against the war, and when the procurator's office will say, "What are you publishing? You are publishing materials against the government." The printer will say, "look this is his signature, he deceived me. There is nothing against me." They're creating a bureaucratic procedure to exert control.

**JH:** How effective is the Kremlin's ability to control the dissemination of information? Do people understand what's happening in Ukraine?

**KR:** No. When they switched off FaceBook and Twitter and even a lot of rumors about YouTube being switched off, the ability to learn about this will be limited. If America switches off the internet or the television companies go away, then Russian customers know less. That would be a vacuum. But as I told you, it's really not about information. It's basically about propaganda. ●

Konstantin Remchukov is an authority on Russian politics and the proprietor and editor-in-chief of Nezavisimaya Gazeta.

You can follow him at: @KVRemchukov.

Jacob Heilbrunn is National Interest editor

Jacob Heilbrunn [www.nationalinterest.org](http://www.nationalinterest.org)

[www.nationalinterest.org](http://www.nationalinterest.org)

\* \* \*

**ERLASS**

**des Präsidenten der Ukraine № 405/2014**

Ukrainisches Original: Online-Gesetzessammlung „Платформа LIGA:ZAKON“ der Ukraine  
Quelle: (bearb., Abruf 8. Mai 2022) [http://search.ligazakon.ua/l\\_doc2.nsf/link1/U405\\_14.html](http://search.ligazakon.ua/l_doc2.nsf/link1/U405_14.html)

---

**УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ № 405/2014**

Про рішення Ради національної безпеки і оборони України  
від 13 квітня 2014 року

"Про невідкладні заходи щодо подолання терористичної загрози і  
збереження територіальної цілісності України"

[Додатково див. ухвалу Вищого адміністративного суду України від 2 січня 2015 року, постанови Верховного Суду України від 17 лютого 2015 року](#)

Відповідно до [статей 107](#) та [112 Конституції України](#) **постановляю:**

1. Увести в дію рішення Ради національної безпеки і оборони України від 13 квітня 2014 року "Про невідкладні заходи щодо подолання терористичної загрози і збереження територіальної цілісності України" (додається, таємно).
2. Контроль за виконанням рішення Ради національної безпеки і оборони України, введеного в дію цим Указом, покласти на Секретаря Ради національної безпеки і оборони України
3. Цей Указ набирає чинності з дня його опублікування. ●

**Виконуючий обов'язки Президента**

**України, Голова Верховної**

**Ради України**

**О. ТУРЧИНОВ**

**м. Київ 14 квітня 2014 року**

**N 405/2014**

**'Gesetz über die Wiedereingliederung des Donbass'  
vom 18. Januar 2018**

(Mitteilungen der Werchowna Rada [MWR], 2018, № 10, Artikel 54)

Quelle: (bearb., Abruf 02.05.2022) <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2268-19#Text>

**ЗАКОН УКРАЇНИ**

**Про особливості державної політики  
із забезпечення державного суверенітету України  
на тимчасово окупованих територіях  
у Донецькій та Луганській областях**

(Відомості Верховної Ради (ВВР), 2018, № 10, ст.54)

{Із змінами, внесеними згідно із Законами  
№ 113-IX від 19.09.2019, ВВР, 2019, № 42, ст.238  
№ 948-IX від 03.11.2020}

**Верховна Рада України,**

грунтуючись на Декларації про державний суверенітет України та Конституції України,

підкреслюючи, що суверенітет України поширюється на всю її територію, яка в межах міжнародно визнаного державного кордону є цілісною і недоторканною,

керуючись Статутом Організації Об'єднаних Націй та Декларацією про принципи міжнародного права, що стосуються дружніх відносин та співробітництва між державами відповідно до Статуту Організації Об'єднаних Націй від 24 жовтня 1970 року, Заключного акта наради з безпеки та співробітництва в Європі від 1 серпня 1975 року,

виходячи з того, що відповідно до пунктів "a", "b", "c", "d" та "g" статті 3 Резолюції 3314 (XXIX) Генеральної Асамблеї Організації Об'єднаних Націй "Визначення агресії" від 14 грудня 1974 року застосування Російською Федерацією збройної сили проти України становить злочин збройної агресії та грубо порушує Меморандум про гарантії безпеки у

зв'язку з приєднанням України до Договору про нерозповсюдження ядерної зброї від 5 грудня 1994 року та Договір про дружбу, співробітництво і партнерство між Україною і Російською Федерацією від 31 травня 1997 року,

враховуючи, що дата початку окупації частини території України, зокрема Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, визначається Законом України "Про забезпечення прав і свобод громадян та правовий режим на тимчасово окупованій території України",

підтверджуючи Звернення Верховної Ради України до Організації Об'єднаних Націй, Європейського Парламенту, Парламентської Асамблеї Ради Європи, Парламентської Асамблеї НАТО, Парламентської Асамблеї ОБСЄ, Парламентської Асамблеї ГУАМ, національних парламентів держав світу про визнання Російської Федерації державою-агресором, затверджене Постановою Верховної Ради України від 27 січня 2015 року № 129-VIII, та Заяву Верховної Ради України "Про відсіч збройній агресії Російської Федерації та подолання її наслідків", затверджену Постановою Верховної Ради України від 21 квітня 2015 року № 337-VIII,

констатуючи, що у світлі положень IV Гаазької конвенції про закони і звичаї війни на суходолі та додатка до неї: Положення про закони і звичаї війни на суходолі від 18 жовтня 1907 року, Женевської конвенції про захист цивільного населення під час війни від 12 серпня 1949 року та Додаткового протоколу до Женевських конвенцій від 12 серпня 1949 року, що стосується захисту жертв міжнародних збройних конфліктів (Протокол I), від 8 червня 1977 року, одним із наслідків збройної агресії Російської Федерації проти України стала тимчасова окупація частини території України,

не визнаючи тимчасову окупацію Російською Федерацією частини території України,

виходячи з положень Резолюції Генеральної Асамблеї Організації Об'єднаних Націй "Про територіальну цілісність України" від 27 березня 2014 року № 68/262, які підкреслюють нелегітимність проведення в Автономній Республіці Крим референдуму та закликають міжнародне співтовариство не визнавати будь-яку зміну статусу Автономної Республіки Крим і міста Севастополя на основі результатів зазначеного референдуму,

беручи до уваги резолюції Генеральної Асамблеї Організації Об'єднаних Націй "Стан справ у сфері прав людини в Автономній Республіці Крим та місті Севастополі (Україна)" від 19 грудня 2016 року № 71/205 та від 19 грудня 2017 року № 72/190, які визнають Автономну Республіку Крим та місто Севастополь територією, тимчасово окупованою Російською Федерацією,

підтверджуючи невіддільне суверенне право України на відновлення і збереження її територіальної цілісності в межах міжнародно визнаного державного кордону, включаючи територію Автономної Республіки Крим та міста Севастополя,

відзначаючи, що збройна агресія Російської Федерації розпочалася з неоголошених і прихованих вторгнень на територію України підрозділів збройних сил та інших силових відомств Російської Федерації, а також шляхом організації та підтримки терористичної діяльності,

беручи до уваги, що Російська Федерація чинить злочин агресії проти України та здійснює тимчасову окупацію частини її території за допомогою збройних формувань Російської Федерації, що складаються з регулярних з'єднань і підрозділів, підпорядкованих Міністерству оборони Російської Федерації, підрозділів та спеціальних формувань, підпорядкованих іншим силовим відомствам Російської Федерації, їхніх радників, інструкторів та іррегулярних незаконних збройних формувань, озброєних банд та груп найманців, створених, підпорядкованих, керованих та фінансованих Російською Федерацією, а також за допомогою окупаційної адміністрації Російської Федерації, яку складають її державні органи і структури, функціонально відповідальні за управління тимчасово окупованими територіями України, та підконтрольні Російській Федерації самопроголошені органи, які узурпували виконання владних функцій на тимчасово окупованих територіях України,

відзначаючи, що дії Російської Федерації на території окремих районів Донецької та Луганської областей, Автономної Республіки Крим та міста Севастополя грубо порушують принципи та норми міжнародного права, зокрема шляхом: систематичного недодержання режиму припинення вогню та продовження обстрілів цивільних об'єктів та інфраструктури, що спричиняють численні жертви серед цивільного населення, військовослужбовців Збройних Сил України та інших утворених

відповідно до законів України військових формувань; продовження практики протиправного затримання і утримання громадян України на тимчасово окупованих територіях, їх незаконного вивезення та утримання на території Російської Федерації; намагань поширити російське законодавство, у тому числі податкове, на території окремих районів Донецької та Луганської областей, Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, висування незаконних вимог щодо перереєстрації підприємств та стягнення коштів на користь окупаційної адміністрації Російської Федерації в окремих районах Донецької та Луганської областей, в Автономній Республіці Крим та місті Севастополі; запровадження російського рубля як єдиної валюти на території окремих районів Донецької та Луганської областей, Автономної Республіки Крим та міста Севастополя; свавільного застосування російських освітніх стандартів у навчальних закладах, запровадження на підприємствах в окремих районах Донецької та Луганської областей, в Автономній Республіці Крим та місті Севастополі "зовнішнього управління" та визнання незаконних ідентифікаційних документів та реєстраційних знаків транспортних засобів на території окремих районів Донецької та Луганської областей, Автономної Республіки Крим та міста Севастополя; організації та здійснення насильницьких зникнень, катувань, нелюдського поводження або покарання, позасудових страт стосовно цивільного населення, українських військовослужбовців та заручників,

залишаючись відданою курсу політико-дипломатичного врегулювання конфліктів на основі принципів і норм міжнародного права та Статуту Організації Об'єднаних Націй,

підтверджуючи невіддільне суверенне право України на самооборону відповідно до статті 51 Статуту Організації Об'єднаних Націй,

підтверджуючи Заяву Верховної Ради України "Про відступ України від окремих зобов'язань, визначених Міжнародним пактом про громадянські і політичні права та Конвенцією про захист прав і основоположних свобод", схвалену Постановою Верховної Ради України від 21 травня 2015 року № 462-VIII,

враховуючи те, що особливості правового режиму на території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя визначаються Законом

України "Про забезпечення прав і свобод громадян та правовий режим на тимчасово окупованій території України",

приймає цей Закон, що має на меті визначити особливості державної політики із забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях.

**Стаття 1.** Тимчасово окупованими територіями у Донецькій та Луганській областях на день ухвалення цього Закону визнаються частини території України, в межах яких збройні формування Російської Федерації та окупаційна адміністрація Російської Федерації встановили та здійснюють загальний контроль, а саме:

1) сухопутна територія та її внутрішні води у межах окремих районів, міст, селищ і сіл Донецької та Луганської областей;

2) внутрішні морські води, прилеглі до сухопутної території, визначеної пунктом 1 цієї частини;

3) надра під територіями, визначеними пунктами 1 і 2 цієї частини, та повітряний простір над цими територіями.

Межі та перелік районів, міст, селищ і сіл, частин їх територій, тимчасово окупованих у Донецькій та Луганській областях, визначаються Президентом України за поданням Міністерства оборони України, підготовленим на основі пропозицій Генерального штабу Збройних Сил України.

**Стаття 2.** Правовий статус тимчасово окупованих територій у Донецькій та Луганській областях, Автономній Республіці Крим та місті Севастополі, а також правовий режим на зазначених територіях визначаються цим Законом, Законом України "Про забезпечення прав і свобод громадян та правовий режим на тимчасово окупованій території України", іншими законами України, міжнародними договорами, згода на обов'язковість яких надана Верховною Радою України, принципами та нормами міжнародного права.

Тимчасова окупація Російською Федерацією територій України, визначених частиною першою статті 1 цього Закону, незалежно від її тривалості є незаконною і не створює для Російської Федерації жодних територіальних прав.

Діяльність збройних формувань Російської Федерації та окупаційної адміністрації Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях,

що суперечить нормам міжнародного права, є незаконною, а будь-який виданий у зв'язку з такою діяльністю акт є недійсним і не створює жодних правових наслідків, крім документів, що підтверджують факт народження або смерті особи на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях, які додаються відповідно до заяви про державну реєстрацію народження особи та заяви про державну реєстрацію смерті особи.

Відповідальність за матеріальну чи нематеріальну шкоду, завдану Україні внаслідок збройної агресії Російської Федерації, покладається на Російську Федерацію відповідно до принципів і норм міжнародного права.

У межах тимчасово окупованих територій у Донецькій та Луганській областях діє особливий порядок забезпечення прав і свобод цивільного населення, визначений цим Законом, іншими законами України, міжнародними договорами, згода на обов'язковість яких надана Верховною Радою України, принципами та нормами міжнародного права.

За фізичними особами незалежно від перебування їх на обліку як внутрішньо переміщених осіб чи від набуття ними спеціального правового статусу та за юридичними особами зберігається право власності, інші речові права на майно, у тому числі на нерухоме майно, включаючи земельні ділянки, що знаходиться на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях, якщо таке майно набуто відповідно до законів України.

За державою Україна, територіальними громадами сіл, селищ, міст, розташованих на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях, органами державної влади, органами місцевого самоврядування та іншими суб'єктами публічного права зберігається право власності, інші речові права на майно, у тому числі на нерухоме майно, включаючи земельні ділянки, що знаходиться на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях.

Визначений Законом України "Про забезпечення прав і свобод громадян та правовий режим на тимчасово окупованій території України" порядок регулювання правочинів та реалізації прав суб'єктів, визначених частинами шостою і сьомою цієї статті, поширюється з урахуванням необхідних змін (*mutatis mutandis*) на тимчасово окуповані території

України у Донецькій та Луганській областях, крім порядку в'їзду осіб на тимчасово окуповані території у Донецькій та Луганській областях та виїзду з них, що встановлюється відповідно до цього Закону, та порядку територіальної підсудності справ, підсудних розташованим на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях судам, що встановлюється відповідно до Закону України "Про здійснення правосуддя та кримінального провадження у зв'язку з проведенням антитерористичної операції".

**Стаття 3.** Державна політика із забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях базується на Конституції та законах України, міжнародних договорах, згода на обов'язковість яких надана Верховною Радою України, принципах і нормах міжнародного права.

**Стаття 4.** Цілями державної політики із забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях є:

- 1) звільнення тимчасово окупованих територій у Донецькій та Луганській областях та відновлення на цих територіях конституційного ладу;
- 2) захист прав, свобод і законних інтересів фізичних та юридичних осіб;
- 3) забезпечення незалежності, єдності та територіальної цілісності України.

**Стаття 5.** Для забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях органи державної влади та їх посадові особи, діючи на підставі, в межах повноважень та у спосіб, що передбачені Конституцією та законами України:

- 1) вживають заходів для захисту прав і свобод цивільного населення;
- 2) здійснюють із додержанням міжнародних зобов'язань України, міжнародних договорів, згода на обов'язковість яких надана Верховною Радою України, принципів і норм міжнародного права політико-дипломатичні, санкційні та інші заходи з метою відновлення територіальної цілісності України у межах міжнародно визнаного державного кордону;

3) вживають заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації;

4) розвивають із залученням ресурсів держави та міжнародної допомоги оборонний і безпековий потенціал України з метою відсічі збройній агресії Російської Федерації;

5) використовують механізми двосторонньої міжнародної співпраці, міжнародних організацій та міжнародних судових інстанцій з метою збереження та посилення санкцій, що застосовуються щодо Російської Федерації членами міжнародного співтовариства, а також притягнення винних осіб до кримінальної відповідальності за злочини проти миру, безпеки людства та міжнародного правопорядку.

*{Пункт 5 частини першої статті 5 із змінами, внесеними згідно із Законом № 948-IX від 03.11.2020}*

**Стаття 6.** Основними напрямками захисту прав і свобод цивільного населення на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях є:

1) захист основоположних політичних і громадянських прав і свобод людини;

2) вжиття заходів для звільнення Російською Федерацією, окупаційною адміністрацією Російської Федерації всіх незаконно затриманих, утримуваних громадян України;

3) сприяння забезпеченню відновлення порушених матеріальних прав;

4) сприяння забезпеченню соціально-економічних, екологічних та культурних потреб, зокрема шляхом реалізації заходів, визначених центральним органом виконавчої влади України, що забезпечує формування та реалізує державну політику з питань тимчасово окупованих територій, на виконання відповідних рішень Кабінету Міністрів України;

5) надання правової та гуманітарної допомоги, у тому числі із залученням міжнародної допомоги, зокрема надання медичних та соціальних послуг на контрольованих Україною територіях;

6) сприяння підтриманню культурних зв'язків;

7) забезпечення доступу до навчальних закладів та засобів масової інформації України.

Особливості реалізації інших прав і свобод цивільного населення та вчинення правочинів на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях визначаються законами України.

Порядок в'їзду осіб, переміщення товарів на тимчасово окуповані території в Донецькій та Луганській областях і виїзду осіб, переміщення товарів з таких територій встановлюється відповідно до цього Закону.

Кабінет Міністрів України вживає всіх передбачених законодавством України заходів для захисту прав і свобод людини і громадянина, зокрема здійснює постійний моніторинг стану дотримання прав і свобод людини і громадянина та документування фактів порушення таких прав і свобод на тимчасово окупованих територіях України, за результатами якого оприлюднює та надає відповідну інформацію міжнародним організаціям у сфері захисту прав і свобод людини та вживає необхідних заходів для утворення міжвідомчого координаційного органу з метою узагальнення правової позиції держави у питанні відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації та підготовки консолідованої претензії України до Російської Федерації щодо реалізації її міжнародно-правової відповідальності за збройну агресію проти України.

Уповноважений Верховної Ради України з прав людини здійснює парламентський контроль за додержанням конституційних прав і свобод людини і громадянина на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях та у разі необхідності представляє Верховній Раді України спеціальну доповідь про стан додержання прав і свобод людини і громадянина на цих територіях.

Україна не несе відповідальності за незаконні дії Російської Федерації чи її окупаційної адміністрації на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях або за прийняті ними незаконні рішення.

**Стаття 7.** Для забезпечення національної безпеки, зокрема державної, економічної, інформаційної, гуманітарної та екологічної, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях органи сектору безпеки і оборони, інші державні органи України, їх посадові особи здійснюють заходи для відновлення територіальної цілісності України, а також забезпечують комплексний розвиток безпекової, економічної, інформаційно-телекомунікаційної,

соціальної та гуманітарної інфраструктури на територіях, прилеглих до тимчасово окупованих територій в Донецькій та Луганській областях, реалізують відповідно до документів стратегічного оборонного планування заходи зі зміцнення оборонних і безпекових спроможностей України.

Російська Федерація як держава-окупант відповідно до IV Гаазької конвенції про закони і звичаї війни на суходолі та додатка до неї: Положення про закони і звичаї війни на суходолі від 18 жовтня 1907 року, Женевської конвенції про захист цивільного населення під час війни від 12 серпня 1949 року та Додаткового протоколу до Женевських конвенцій від 12 серпня 1949 року, що стосується захисту жертв міжнародних збройних конфліктів (Протокол I), від 8 червня 1977 року несе відповідальність за порушення захисту прав цивільного населення.

Факт остаточного виведення та повної відсутності всіх збройних формувань Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях у порядку, визначеному цим Законом, встановлюється Міністром оборони України та Міністром внутрішніх справ України шляхом спільного подання Президентові України, який виключно на цій підставі приймає відповідне рішення.

**Стаття 8.** Для забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях:

1) Генеральним штабом Збройних Сил України за погодженням з відповідними керівниками залучаються та використовуються сили і засоби (особовий склад та спеціалісти окремих підрозділів, військових частин, зброя, бойова техніка, спеціальні і транспортні засоби, засоби зв'язку та телекомунікацій, інші матеріально-технічні засоби) Збройних Сил України, інших утворених відповідно до законів України військових формувань (Служби безпеки України, Державної служби спеціального зв'язку та захисту інформації України, Національної гвардії України, Державної прикордонної служби України, Управління державної охорони України, Державної спеціальної служби транспорту), правоохоронних органів спеціального призначення, Міністерства внутрішніх справ України, Національної поліції України, розвідувальних органів України,

центрального органу виконавчої влади, що реалізує державну політику у сфері цивільного захисту, а також працівники закладів охорони здоров'я;

*{Пункт 1 частини першої статті 8 із змінами, внесеними згідно із Законом № 113-IX від 19.09.2019}*

2) у зонах безпеки, прилеглих до району бойових дій діє особливий порядок, що передбачає надання органам сектору безпеки і оборони, іншим державним органам України спеціальних повноважень, необхідних для здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації. Межі зон безпеки, прилеглих до району бойових дій, визначаються начальником Генерального штабу - Головнокомандувачем Збройних Сил України за поданням Командувача об'єднаних сил;

3) в районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях забезпечується можливість здійснення уповноваженими особами органів досудового розслідування та прокуратури повноважень у кримінальних провадженнях щодо правопорушень, вчинених в районі здійснення зазначених заходів, зокрема через обов'язковість допуску дізнавачів, слідчих і прокурорів до цього району, а також надання їм відповідного сприяння. Допуск дізнавачів, слідчих і прокурорів до району здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях здійснюється в порядку, визначеному Командувачем об'єднаних сил.

*{Частину першу статті 8 доповнено пунктом 3 згідно із Законом № 948-IX від 03.11.2020}*

Забезпечення Збройних Сил України, інших утворених відповідно до законів України військових формувань (Служби безпеки України, Державної служби спеціального зв'язку та захисту інформації України, Національної гвардії України, Державної прикордонної служби України, Управління державної охорони України, Державної спеціальної служби транспорту), правоохоронних органів спеціального призначення, Міністерства внутрішніх справ України, Національної поліції України, розвідувальних органів України, центрального органу виконавчої влади, що реалізує державну політику у сфері цивільного захисту, працівників

зкладів охорони здоров'я необхідними засобами і ресурсами здійснюється Кабінетом Міністрів України.

*{Частина друга статті 8 із змінами, внесеними згідно із Законом № 113-IX від 19.09.2019}*

Початок та завершення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях визначаються окремими рішеннями Верховного Головнокомандувача Збройних Сил України.

**Стаття 9.** Стратегічне керівництво силами та засобами Збройних Сил України, інших утворених відповідно до законів України військових формувань, Міністерства внутрішніх справ України, Національної поліції України, центрального органу виконавчої влади, що реалізує державну політику у сфері цивільного захисту, які залучаються до здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, здійснює Генеральний штаб Збройних Сил України.

Керівництво силами та засобами Збройних Сил України, інших утворених відповідно до законів України військових формувань, Міністерства внутрішніх справ України, Національної поліції України, центрального органу виконавчої влади, що реалізує державну політику у сфері цивільного захисту, які залучаються до здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації безпосередньо у Донецькій та Луганській областях, здійснює Командувач об'єднаних сил, який призначається Президентом України за поданням начальника Генерального штабу - Головнокомандувача Збройних Сил України.

Командувач об'єднаних сил реалізує свої повноваження через Об'єднаний оперативний штаб Збройних Сил України. Повноваження Командувача об'єднаних сил визначаються положенням про Об'єднаний оперативний штаб Збройних Сил України, яке розробляється Генеральним штабом Збройних Сил України та затверджується Верховним Головнокомандувачем Збройних Сил України за поданням Міністра оборони України.

Об'єднаний оперативний штаб Збройних Сил України через відповідні органи військового управління здійснює планування, організацію та

контроль виконання заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, спрямування, координацію і контроль за діяльністю військово-цивільних чи військових адміністрацій (у разі їх утворення) у Донецькій та Луганській областях з питань національної безпеки і оборони.

Військовослужбовці, працівники правоохоронних органів та інші особи, які залучаються до здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, на час проведення таких заходів підпорядковуються Командувачу об'єднаних сил, рішення якого є обов'язковими до виконання.

Втручання будь-яких осіб незалежно від посади в управління заходами із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях не допускається.

**Стаття 10.** У разі розширення збройної агресії Російської Федерації за межі Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, Донецької та Луганської областей для її відсічі і стримування в будь-який час і на будь-якій частині території України залучаються і використовуються сили та засоби, зазначені у статті 8 цього Закону, в порядку, встановленому статтею 9 цього Закону.

**Стаття 11.** Правовою підставою для відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації та відновлення територіальної цілісності України є Конституція України, законодавство України та стаття 51 Статуту Організації Об'єднаних Націй.

**Стаття 12.** В'їзд осіб, переміщення товарів на тимчасово окуповані території у Донецькій та Луганській областях і виїзд осіб, переміщення товарів з таких територій здійснюються через контрольні пункти в'їзду-виїзду.

Командувач об'єднаних сил у разі реальної загрози життю та здоров'ю осіб, які перетинають лінію розмежування, має право обмежити в'їзд цих осіб на тимчасово окуповані території Донецької та Луганської областей на період існування цієї загрози.

Порядок в'їзду осіб, переміщення товарів на тимчасово окуповані території у Донецькій та Луганській областях і виїзду осіб, переміщення товарів із таких територій визначаються Кабінетом Міністрів України.

Перебування в районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях осіб, не залучених до проведення таких заходів, може тимчасово бути обмежено на період проведення таких заходів Командувачем об'єднаних сил.

Законні вимоги посадових осіб, залучених до здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, є обов'язковими для громадян і посадових осіб.

З метою забезпечення життєво важливих інтересів суспільства і держави під час відсічі збройної агресії у зонах безпеки, прилеглих до району бойових дій, військовослужбовці, працівники правоохоронних органів та особи, визначені статтею 8 цього Закону, залучені до здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, відповідно до Конституції та законодавства України мають право:

1) застосовувати у разі крайньої необхідності зброю і спеціальні засоби до осіб, які вчинили або вчиняють правопорушення чи інші дії, що перешкоджають виконанню законних вимог осіб, залучених до виконання заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, або дії, пов'язані з несанкціонованою спробою проникнення в район здійснення зазначених заходів;

2) затримувати і доставляти осіб, зазначених у пункті 1 цієї частини, до органів Національної поліції України;

3) перевіряти у громадян і посадових осіб документи, що посвідчують особу, а в разі відсутності документів - затримувати їх для встановлення особи;

4) здійснювати особистий огляд громадян, огляд речей, що при них знаходяться, транспортних засобів та речей, які ними перевозяться;

5) тимчасово обмежувати або забороняти рух транспортних засобів і пішоходів на вулицях та дорогах, не допускати транспортні засоби, громадян на окремі ділянки місцевості та об'єкти, виводити громадян з окремих ділянок місцевості та об'єктів, відбуксировувати транспортні засоби;

б) входити (проникати) в житлові та інші приміщення, на земельні ділянки, що належать громадянам, на територію та в приміщення підприємств, установ і організацій, перевіряти транспортні засоби для виконання заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях;

7) використовувати із службовою метою засоби зв'язку і транспортні засоби, у тому числі спеціальні, що належать громадянам (за їхньою згодою), підприємствам, установам та організаціям, крім транспортних засобів дипломатичних, консульських та інших представництв іноземних держав та міжнародних організацій.

### **Стаття 13. Прикінцеві та перехідні положення**

1. Цей Закон набирає чинності з дня, наступного за днем його опублікування.

2. Цим Законом Верховна Рада України відповідно до пункту 9 частини першої статті 85 Конституції України схвалює рішення Президента України про використання Збройних Сил України та інших утворених відповідно до законів України військових формувань, що приймається відповідно до пункту 19 частини першої статті 106 Конституції України, для відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях і забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях.

3. Цей Закон діє без шкоди для невіддільного суверенного права України на тимчасово окуповану Російською Федерацією територію Автономної Республіки Крим та міста Севастополя та заходів, спрямованих на відновлення територіальної цілісності України у межах її міжнародно визнаного державного кордону.

4. Внести зміни до таких законодавчих актів України:

1) у Законі України "Про статус ветеранів війни, гарантії їх соціального захисту" (Відомості Верховної Ради України, 1993 р., № 45, ст. 425 із наступними змінами):

а) у пункті 19 частини першої статті 6:

абзац перший доповнити словами "у здійсненні заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, забезпеченні їх здійснення, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів";

абзац другий викласти в такій редакції:

"Порядок надання статусу учасника бойових дій особам, зазначеним в абзаці першому цього пункту, категорії таких осіб та терміни їх участі (забезпечення проведення) в антитерористичній операції, у заходах із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, а також райони антитерористичної операції визначаються Кабінетом Міністрів України. Райони здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації визначаються відповідно до Закону України "Про особливості державної політики із забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях". Порядок позбавлення статусу учасника бойових дій осіб, зазначених в абзаці першому цього пункту, визначає Кабінет Міністрів України";

б) у частині другій статті 7:

у пункті 11 слова "а також працівників підприємств, установ, організацій, які залучалися до забезпечення проведення антитерористичної операції та стали особами з інвалідністю внаслідок поранення, контузії або каліцтва, одержаних під час забезпечення проведення антитерористичної операції безпосередньо в районах та у період її проведення" замінити словами "під час безпосередньої участі у здійсненні заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів, а також працівників підприємств, установ,

організацій, які залучалися до забезпечення проведення антитерористичної операції, до забезпечення здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях і стали особами з інвалідністю внаслідок поранення, контузії, каліцтва або захворювання, одержаних під час забезпечення проведення антитерористичної операції безпосередньо в районах та у період її проведення, під час забезпечення здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів";

пункт 14 викласти в такій редакції:

"14) осіб, які добровільно забезпечували (або добровільно залучалися до забезпечення) проведення антитерористичної операції, здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях (у тому числі здійснювали волонтерську діяльність) та стали особами з інвалідністю внаслідок поранення, контузії, каліцтва або захворювання, одержаних під час забезпечення проведення антитерористичної операції, перебуваючи безпосередньо в районах та у період її проведення, під час забезпечення здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів";

в) у пункті 13 статті 9:

абзац перший доповнити словами "які залучалися та брали безпосередню участь у забезпеченні здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів, у порядку, встановленому законодавством";

абзац другий викласти в такій редакції:

"Порядок надання статусу учасника війни особам, зазначеним в абзаці першому цього пункту, категорії таких осіб, терміни їх участі у

забезпеченні проведення антитерористичної операції, у забезпеченні здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, а також райони антитерористичної операції визначаються Кабінетом Міністрів України. Райони здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації визначаються відповідно до Закону України "Про особливості державної політики із забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованих територіях у Донецькій та Луганській областях";

г) у пункті 1 статті 10:

абзац п'ятий викласти в такій редакції:

"сім'ї осіб, які добровільно забезпечували (або добровільно залучалися до забезпечення) проведення антитерористичної операції, здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях (у тому числі здійснювали волонтерську діяльність) та загинули (пропали безвісти), померли внаслідок поранення, контузії, каліцтва або захворювання, одержаних під час забезпечення проведення антитерористичної операції (у тому числі здійснення волонтерської діяльності), перебуваючи безпосередньо в районах та у період її проведення, під час забезпечення здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях (у тому числі здійснення волонтерської діяльності), перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів";

в абзаці восьмому слова "та загинули (пропали безвісти), померли внаслідок поранення, контузії або каліцтва, одержаних під час безпосередньої участі в антитерористичній операції, забезпеченні її проведення, перебуваючи безпосередньо в районах антитерористичної операції у період її проведення, а також сім'ї працівників підприємств, установ, організацій, які залучалися до забезпечення проведення антитерористичної операції та загинули (пропали безвісти), померли внаслідок поранення, контузії або каліцтва, одержаних під час забезпечення проведення антитерористичної операції безпосередньо в

районах та у період її проведення" замінити словами "у здійсненні заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, забезпеченні їх здійснення, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів, та загинули (пропали безвісти), померли внаслідок поранення, контузії, каліцтва або захворювання, одержаних під час безпосередньої участі в антитерористичній операції, забезпеченні її проведення, перебуваючи безпосередньо в районах антитерористичної операції у період її проведення, під час безпосередньої участі у здійсненні заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, у забезпеченні їх здійснення, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів, а також сім'ї працівників підприємств, установ, організацій, які залучалися до забезпечення проведення антитерористичної операції, забезпечення здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях та загинули (пропали безвісти), померли внаслідок поранення, контузії, каліцтва або захворювання, одержаних під час забезпечення проведення антитерористичної операції безпосередньо в районах та у період її проведення, забезпечення здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях, перебуваючи безпосередньо в районах та у період здійснення зазначених заходів";

2) у Законі України "Про місцеве самоврядування в Україні" (Відомості Верховної Ради України, 1997 р., № 24, ст. 170 із наступними змінами):

а) перше речення частини другої статті 42 доповнити словами "або Закону України "Про правовий режим воєнного стану";

б) у статті 78:

пункт 3 частини першої викласти в такій редакції:

"3) передбачених законами України "Про військово-цивільні адміністрації", "Про правовий режим воєнного стану";

у частині п'ятій слова "відповідної військово-цивільної адміністрації" замінити словами "відповідної військово-цивільної, військової адміністрації";

в) у статті 79:

в абзаці другому частини другої слова "у випадку, передбаченому Законом України "Про військово-цивільні адміністрації" замінити словами "у випадках, передбачених законами України "Про військово-цивільні адміністрації", "Про правовий режим воєнного стану";

у пункті 3<sup>1</sup> частини одинадцятої слова "відповідної військово-цивільної адміністрації" замінити словами "відповідної військово-цивільної, військової адміністрації";

г) у статті 79<sup>1</sup>:

частину другу доповнити абзацом другим такого змісту:

"Повноваження старости можуть бути достроково припинені також у випадку, передбаченому Законом України "Про правовий режим воєнного стану";

у частині сьомій:

у пункті 5 слова "частиною другою цієї статті" замінити словами "абзацом першим частини другої цієї статті";

доповнити пунктом 6 такого змісту:

"6) з підстави, зазначеної в абзаці другому частини другої цієї статті, - з дня набрання чинності актом Президента України про утворення відповідної військової адміністрації населеного пункту (населених пунктів)";

3) у Законі України "Про військово-цивільні адміністрації" (Відомості Верховної Ради України, 2015 р., № 13, ст. 87, № 40-41, ст. 382; 2016 р., № 10, ст. 108):

а) у преамбулі слова "в районі проведення антитерористичної операції" замінити словами "в районі відсічі збройної агресії Російської Федерації, зокрема в районі проведення антитерористичної операції";

б) у частині першій статті 1:

в абзаці першому слова "у районі проведення антитерористичної операції" замінити словами "в районі відсічі збройної агресії Російської Федерації, зокрема в районі проведення антитерористичної операції";

в абзаці другому:

після слів "у складі Антитерористичного центру при Службі безпеки України" доповнити словами "(у разі їх утворення для виконання повноважень відповідних органів у районі проведення антитерористичної операції) або у складі Об'єднаного оперативного штабу Збройних Сил України (у разі їх утворення для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях)";

після слів "участі у протидії" доповнити словами "актам збройної агресії" та після слів "катастрофи в районі" - словами "відсічі збройної агресії Російської Федерації, зокрема";

в) у статті 3:

частину четверту після слів "з Антитерористичним центром при Службі безпеки України" доповнити словами "(у разі утворення для виконання повноважень відповідних органів у районі проведення антитерористичної операції) або з Об'єднаним оперативним штабом Збройних Сил України (у разі утворення для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях)";

частину шосту доповнити словами "а в разі утворення військово-цивільних адміністрацій для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - за поданням Командувача об'єднаних сил";

у частині восьмій слова "керівник Антитерористичного центру при Службі безпеки України за поданням керівника відповідної військово-цивільної адміністрації" замінити словами "за поданням керівника відповідної військово-цивільної адміністрації керівник Антитерористичного центру при Службі безпеки України, а в разі утворення військово-цивільних адміністрацій населених пунктів для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування

збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - Командувач об'єднаних сил";

у частині дев'ятій:

у першому реченні слова "а у разі якщо відповідні обласні військово-цивільні адміністрації не утворені - керівник Антитерористичного центру при Службі безпеки України" замінити словами "якщо відповідні обласні військово-цивільні адміністрації не утворені - керівник Антитерористичного центру при Службі безпеки України, а в разі утворення військово-цивільних адміністрацій населених пунктів, районних військово-цивільних адміністрацій для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - Командувач об'єднаних сил";

друге речення доповнити словами "а в разі утворення військово-цивільних адміністрацій для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - Командувач об'єднаних сил";

частину одинадцятую після абзацу третього доповнити новим абзацом такого змісту:

"Повноваження військово-цивільних адміністрацій населених пунктів, районних, обласних військово-цивільних адміністрацій також припиняються згідно із Законом України "Про правовий режим воєнного стану".

У зв'язку з цим абзац четвертий вважати абзацом п'ятим;

у частині тринадцятій слова "керівником Антитерористичного центру при Службі безпеки України за поданням керівника відповідної військово-цивільної адміністрації без конкурсного відбору" замінити словами "без конкурсного відбору за поданням керівника відповідної військово-цивільної адміністрації керівником Антитерористичного центру при Службі безпеки України, а в разі утворення військово-цивільних адміністрацій населених пунктів для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії

Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - Командувачем об'єднаних сил";

г) абзац перший частини першої статті 5 після слів "з Антитерористичним центром при Службі безпеки України" доповнити словами "а в разі утворення військово-цивільних адміністрацій для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - за погодженням з Командувачем об'єднаних сил";

г) у статті 6:

частину другу викласти в такій редакції:

"2. Військово-цивільну адміністрацію населеного пункту (населених пунктів) очолює керівник, який призначається на посаду та звільняється з посади керівником відповідної обласної військово-цивільної адміністрації за погодженням з керівником Антитерористичного центру при Службі безпеки України, а у разі утворення військово-цивільної адміністрації населеного пункту (населених пунктів) для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - за погодженням з Командувачем об'єднаних сил. Якщо відповідна обласна військово-цивільна адміністрація не утворена, керівник військово-цивільної адміністрації населеного пункту (населених пунктів) призначається на посаду та звільняється з посади керівником Антитерористичного центру при Службі безпеки України, а в разі утворення військово-цивільної адміністрації населеного пункту (населених пунктів) для виконання повноважень відповідних органів у районі здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях - Командувачем об'єднаних сил";

пункт 10 частини третьої після слів "на період до завершення" доповнити словами "відсічі збройної агресії Російської Федерації, зокрема";

д) частину другу статті 7 виключити;

4) у Законі України "Про правовий режим воєнного стану" (Відомості Верховної Ради України, 2015 р., № 28, ст. 250):

а) у статті 4:

абзац перший частини третьої доповнити словами "або припинення їх повноважень згідно із законом";

перше речення частини четвертої після слів "у встановлені Законом України "Про місцеве самоврядування в Україні" строки" доповнити словами "або припинення їх повноважень згідно із законом";

доповнити частиною дев'ятою такого змісту:

"9. У зв'язку з утворенням військових адміністрацій населених пунктів повноваження військово-цивільних адміністрацій цих населених пунктів припиняються з дня початку здійснення відповідною військовою адміністрацією своїх повноважень.

У разі утворення районних, обласних військових адміністрацій у день набрання чинності актом Президента України про їх утворення припиняються повноваження відповідних районних, обласних військово-цивільних адміністрацій";

б) статтю 28 доповнити пунктом 2<sup>-1</sup> такого змісту:

"2<sup>-1</sup>. У разі введення воєнного стану в окремих місцевостях у зв'язку із збройною агресією Російської Федерації у Донецькій та Луганській областях:

1) у день набрання чинності актом Президента України про утворення військової адміністрації припиняються згідно із цим Законом повноваження:

обласної ради, її виконавчого апарату, посадових та службових осіб місцевого самоврядування, які працюють у цих органах, - у разі утворення відповідної обласної військової адміністрації;

районної ради, її виконавчого апарату, посадових та службових осіб місцевого самоврядування, які працюють у цих органах, - у разі утворення відповідної районної військової адміністрації;

сільських, селищних, міських, районних у містах (у разі їх створення) рад, їх виконавчих органів, сільських, селищних, міських голів, інших посадових та службових осіб місцевого самоврядування, які працюють у цих органах місцевого самоврядування, старост - у разі утворення

військової адміністрації відповідного населеного пункту (населених пунктів);

2) районні, обласні військові адміністрації здійснюють на відповідній території, разом із повноваженнями місцевих державних адміністрацій, повноваження із запровадження та здійснення заходів правового режиму воєнного стану, а також здійснюють повноваження, передбачені пунктами 1-10 частини третьої статті 15 цього Закону;

3) військові адміністрації населених пунктів, районні, обласні військові адміністрації здійснюють свої повноваження до дня першого засідання першої сесії відповідної ради, обраної після скасування воєнного стану;

4) спрямування, координацію та контроль за діяльністю обласних військових адміністрацій з питань забезпечення оборони, громадського порядку і безпеки, здійснення заходів правового режиму воєнного стану здійснює Об'єднаний оперативний штаб Збройних Сил України при загальному керівництві Генерального штабу Збройних Сил України, а з інших питань - Кабінет Міністрів України у межах своїх повноважень; спрямування, координацію та контроль за діяльністю районних військових адміністрацій з питань забезпечення оборони, громадського порядку і безпеки, здійснення заходів правового режиму воєнного стану здійснюють обласні військові адміністрації, а з інших питань - Кабінет Міністрів України, обласні державні адміністрації у межах своїх повноважень;

5) Генеральний штаб Збройних Сил України здійснює повноваження, передбачені пунктами 1, 3 і 4 статті 14 цього Закону, а також з організації підготовки та здійснення загального керівництва Збройними Силами України, з'єднаннями, частинами та органами інших утворених відповідно до законів України військових формувань і правоохоронних органів під час виконання ними заходів правового режиму воєнного стану;

б) Командувач об'єднаних сил здійснює безпосереднє керівництво силами і засобами Збройних Сил України, інших утворених відповідно до законів України військових формувань, які безпосередньо залучаються до здійснення заходів із забезпечення національної безпеки і оборони, відсічі і стримування збройної агресії Російської Федерації та правового режиму воєнного стану, через відповідні органи військового управління";

5) пункт 3 частини першої статті 3 Закону України "Про забезпечення прав і свобод громадян та правовий режим на тимчасово окупованій території України" (Відомості Верховної Ради України, 2014 р., № 26, ст. 892) викласти в такій редакції:

"3) надра під територіями, зазначеними у пунктах 1 і 2 цієї частини, і повітряний простір над цими територіями";

6) статтю 28 Цивільного процесуального кодексу України (Відомості Верховної Ради України, 2017 р., № 48, ст. 436) після частини шістнадцятої доповнити новою частиною такого змісту:

"17. Позови про захист порушених, невизнаних або оспорюваних прав, свобод чи інтересів фізичних осіб (в тому числі про відшкодування шкоди, завданої внаслідок обмеження у здійсненні права власності на нерухоме майно або його знищення, пошкодження) у зв'язку із збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України, надзвичайними ситуаціями природного чи техногенного характеру можуть пред'являтися також за місцем проживання чи перебування позивача";

7) частину першу статті 5 Закону України "Про судовий збір" (Відомості Верховної Ради України, 2012 р., № 14, ст. 87 із наступними змінами) доповнити пунктами 21 і 22 такого змісту:

"21) заявники - у справах за заявами про встановлення фактів, що мають юридичне значення, поданих у зв'язку із збройною агресією, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України, надзвичайними ситуаціями природного чи техногенного характеру, що призвели до вимушеного переселення з тимчасово окупованих територій України, загибелі, поранення, перебування в полоні, незаконного позбавлення волі або викрадення, а також порушення права власності на рухоме та/або нерухоме майно;

22) позивачі - у справах за позовами до держави-агресора Російської Федерації про відшкодування завданої майнової та/або моральної шкоди у зв'язку з тимчасовою окупацією території України, збройною агресією, збройним конфліктом, що призвели до вимушеного переселення з тимчасово окупованих територій України, загибелі, поранення, перебування в полоні, незаконного позбавлення волі або викрадення, а також порушення права власності на рухоме та/або нерухоме майно";

8) статтю 3 Закону України "Про боротьбу з тероризмом" (Відомості Верховної Ради України, 2003 р., № 25, ст. 180) доповнити абзацом десятим такого змісту:

"антитерористична операція може здійснюватися одночасно із відсічю збройної агресії в порядку статті 51 Статуту Організації Об'єднаних Націй та/або в умовах запровадження воєнного чи надзвичайного стану відповідно до Конституції та законодавства України'

5. Встановити, що окремі особливості діяльності переміщених з тимчасово окупованої території вищих навчальних закладів та наукових установ регулюються статтями 2 та 5<sup>-1</sup> Закону України "Про тимчасові заходи на період проведення антитерористичної операції".

6. До моменту прийняття Кабінетом Міністрів України будь-яких рішень щодо застосування норм цього Закону діють акти Кабінету Міністрів України, а також обмеження, введені в дію рішеннями Президента України.

7. Кабінету Міністрів України у місячний строк з дня набрання чинності цим Законом: привести свої нормативно-правові акти у відповідність із цим Законом; забезпечити приведення міністерствами та іншими центральними органами виконавчої влади їх нормативно-правових актів у відповідність із цим Законом. ●

<b>Президент України</b>	<b>П. ПОРОШЕНКО</b>
<b>м. Київ</b> <b>18 січня 2018 року</b> <b>№ 2268-VIII</b>	

## Публікації документа

- **Голос України** від 23.02.2018 — № 37
- **Урядовий кур'єр** від 28.02.2018 — № 41
- **Офіційний вісник України** від 06.03.2018 — 2018 р., № 19, стор. 7, стаття 630, код акта 89242/2018
- **Відомості Верховної Ради України** від 09.03.2018 — 2018 р., № 10, стор. 67, стаття 54 ●

ERLASS  
des Präsidenten der Russischen Föderation  
vom 3. Mai 2022 №252

Quelle: Abruf 04.05.2022 <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202205030001>

---

**Указ**  
**Президента Российской Федерации**  
**от 3 мая 2022 года № 252**

**О применении ответных специальных экономических мер  
в связи с недружественными действиями некоторых  
иностранных государств и международных организаций**

В связи с недружественными и противоречащими международному праву действиями Соединенных Штатов Америки и примкнувших к ним иностранных государств и международных организаций, направленными на незаконные лишение Российской Федерации, граждан Российской Федерации и российских юридических лиц права собственности и (или) ограничение их права собственности, в целях защиты национальных интересов РФ и в соответствии с Федеральным законом от 30 декабря 2006 г. № 281-ФЗ „О специальных экономических мерах и принудительных мерах“

**постановляю:**

1. Федеральным органам государственной власти, органам государственной власти субъектов Российской Федерации, иным государственным органам, органам местного самоуправления, организациям и физическим лицам, находящимся под юрисдикцией Российской Федерации, в своей деятельности исходить из того, что со дня вступления в силу настоящего Указа в отношении отдельных юридических лиц, физических лиц и находящихся под их контролем организаций применяются специальные экономические меры.
2. Обеспечить применение следующих специальных экономических мер:
  - а) запрет федеральным органам государственной власти, органам государственной власти субъектов Российской Федерации, иным государственным органам, органам местного самоуправления,

организациям и физическим лицам, находящимся под юрисдикцией Российской Федерации:

совершать сделки (в том числе заключать внешнеторговые контракты) с юридическими лицами, физическими лицами и находящимися под их контролем организациями, в отношении которых применяются специальные экономические меры (далее — лица, находящиеся под санкциями);

исполнять перед лицами, находящимися под санкциями, обязательства по совершенным сделкам (в том числе по заключенным внешнеторговым контрактам), если такие обязательства не исполнены или исполнены не в полном объеме;

осуществлять финансовые операции, выгодоприобретателями по которым являются лица, находящиеся под санкциями;

б) запрет на вывоз за пределы территории Российской Федерации продукции и (или) сырья, производство и (или) добыча которых осуществляются на территории Российской Федерации, при условии, что такие продукция и (или) сырье поставляются в пользу лиц, находящихся под санкциями, и (или) лицами, находящимися под санкциями, в пользу иных лиц.

3. Предоставить Министерству финансов Российской Федерации право давать официальные разъяснения по вопросам применения настоящего Указа, за исключением абзаца четвертого подпункта "а" пункта 2 настоящего Указа.

4. Предоставить Центральному банку Российской Федерации право давать официальные разъяснения по вопросам применения абзаца четвертого подпункта "а" пункта 2 настоящего Указа.

5. Правительству Российской Федерации в 10-дневный срок:

а) утвердить перечень лиц, находящихся под санкциями;

б) определить дополнительные критерии отнесения сделок к сделкам, совершение которых и исполнение обязательств по которым запрещаются в соответствии с абзацами вторым и третьим подпункта "а" пункта 2 настоящего Указа.

6. Настоящий Указ вступает в силу со дня его официального опубликования и действует до отмены установленных им специальных экономических мер. ●

**Президент Российской Федерации В. Путин**

Москва, Кремль, 3 мая 2022 года, №252

Дата подписания 3 мая 2022 г.

Опубликован 4 мая 2022 г.

Вступает в силу 3 мая 2022 г.

\* \* \*



**УКАЗ**

**ПРЕЗИДЕНТА РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ**

**О применении ответных специальных экономических мер в связи с недружественными действиями некоторых иностранных государств и международных организаций**

В связи с недружественными и противоречащими международному праву действиями Соединенных Штатов Америки и примкнувших к ним иностранных государств и международных организаций, направленными на незаконное лишение Российской Федерации, граждан Российской Федерации и российских юридических лиц права собственности и (или) ограничение их права собственности, в целях защиты национальных интересов Российской Федерации и в соответствии с Федеральным законом от 30 декабря 2006 г. № 281-ФЗ "О специальных экономических мерах и принудительных мерах" постановляю:

1. Федеральным органам государственной власти, органам государственной власти субъектов Российской Федерации, иным государственным органам, органам местного самоуправления, организациям и физическим лицам, находящимся под юрисдикцией Российской Федерации, в своей деятельности исходить из того, что со дня вступления в силу настоящего Указа в отношении отдельных юридических лиц, физических лиц и находящихся под их контролем организаций применяются специальные экономические меры.

2. Обеспечить применение следующих специальных экономических мер:



2 10052 91671 6

2

а) запрет федеральным органам государственной власти, органам государственной власти субъектов Российской Федерации, иным государственным органам, органам местного самоуправления, организациям и физическим лицам, находящимся под юрисдикцией Российской Федерации:

совершать сделки (в том числе заключать внешнеторговые контракты) с юридическими лицами, физическими лицами и находящимися под их контролем организациями, в отношении которых применяются специальные экономические меры (далее – лица, находящиеся под санкциями);

исполнять перед лицами, находящимися под санкциями, обязательства по совершенным сделкам (в том числе по заключенным внешнеторговым контрактам), если такие обязательства не исполнены или исполнены не в полном объеме;

осуществлять финансовые операции, выгодоприобретателями по которым являются лица, находящиеся под санкциями;

б) запрет на вывоз за пределы территории Российской Федерации продукции и (или) сырья, производство и (или) добыча которых осуществляются на территории Российской Федерации, при условии, что такие продукция и (или) сырье поставляются в пользу лиц, находящихся под санкциями, и (или) лицами, находящимися под санкциями, в пользу иных лиц.

3. Предоставить Министерству финансов Российской Федерации право давать официальные разъяснения по вопросам применения настоящего Указа, за исключением абзаца четвертого подпункта "а" пункта 2 настоящего Указа.

4. Предоставить Центральному банку Российской Федерации право давать официальные разъяснения по вопросам применения абзаца четвертого подпункта "а" пункта 2 настоящего Указа.

5. Правительству Российской Федерации в 10-дневный срок:

а) утвердить перечень лиц, находящихся под санкциями;

б) определить дополнительные критерии отнесения сделок к сделкам, совершение которых и исполнение обязательств по которым запрещаются в соответствии с абзацами вторым и третьим подпункта "а" пункта 2 настоящего Указа.

3

6. Настоящий Указ вступает в силу со дня его официального опубликования и действует до отмены установленных им специальных экономических мер.



Президент  
Российской Федерации В.Путин

Москва, Кремль  
3 мая 2022 года  
№ 252

VERORDNUNG  
der Regierung der Russischen Föderation  
vom 11. Mai 2022 № 851

Quelle: Abruf 12.05.2022 <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202205110017?index=0&rangeSize=1>

---



ПРАВИТЕЛЬСТВО РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ  
ПОСТАНОВЛЕНИЕ

от мая 2022 г. № 851

**МОСКВА**

О мерах по реализации Указа Президента Российской Федерации от 3 мая 2022 г. № 252

Во исполнение Указа Президента Российской Федерации от 3 мая 2022 г. № 252 "О применении ответных специальных экономических мер в связи с недружественными действиями некоторых иностранных государств и международных организаций" Правительство Российской Федерации п о с т а н о в л я е т :

1. Утвердить прилагаемый перечень юридических лиц, в отношении которых применяются специальные экономические меры.
2. Установить запрет на совершение действий в соответствии с подпунктом "а" пункта 2 Указа Президента Российской Федерации от 3 мая 2022 г. № 252 "О применении ответных специальных экономических мер в связи с недружественными действиями некоторых иностранных государств и международных организаций" с лицами, указанными в перечне, утвержденном настоящим постановлением, а также находящимися под их контролем организациями (далее - лица, находящиеся под санкциями).

3. Определить следующие дополнительные критерии отнесения сделок к сделкам, совершение которых и исполнение обязательств по которым запрещаются в соответствии с абзацами вторым и третьим подпункта "а" пункта 2 Указа Президента Российской Федерации от 3 мая 2022 г. № 252 "О применении ответных специальных экономических мер в связи с недружественными действиями некоторых иностранных государств и международных организаций":

сделки, совершаемые в пользу лиц, находящихся под санкциями; сделки, предусматривающие заход в порты Российской Федерации судов, принадлежащих и (или) зафрахтованных лицами, находящимися под санкциями, в их интересе или по их поручению; сделки, предусматривающие совершение платежей, операций с ценными бумагами с участием и (или) в пользу лиц, находящихся под санкциями.

4. Предусмотренные настоящим постановлением запреты осуществляются при наличии у лиц, осуществляющих реализацию специальных экономических мер, информации о том, что действие совершается в пользу лиц, находящихся под санкциями.

5. Определить Министерство финансов Российской Федерации ответственным органом по направлению в Правительство Российской Федерации предложений:

о внесении изменений в перечень, утвержденный настоящим постановлением;

о предоставлении временных разрешений на проведение отдельных операций с лицами, находящимися под санкциями.

6. Настоящее постановление вступает в силу со дня его официального опубликования. ●

Председатель Правительства  
Российской Федерации



М.Мишустин

УТВЕРЖДЕН  
постановлением Правительства  
Российской Федерации  
от 11 мая 2022 г. № 851

ПЕРЕЧЕНЬ юридических лиц, в отношении которых  
применяются специальные экономические меры

1. Gazprom Germania GmbH / Газпром Германия ГмбХ (Германия).
2. Gazprom NGV Europe GmbH / Газпром Эн Джи Ви Юроп ГмбХ (Германия).
3. Astora GmbH / Астора ГмбХ (Германия).
4. ZGG Zarubezhgazneftchim Trading GmbH / ЗГТ Зарубежгазнефтехим Трейдинг ГмбХ (Австрия).
5. GAZPROM Schweiz AG / Газпром Швайц АГ (Швейцария).
6. WIEE Hungary kft. / ВИЕЕ Хунгари кфт. (Венгрия).
7. WIEE Bulgaria EOOD / ВИЕЕ Булгария ЕООД (Болгария).
8. IMUK AG / ИМУК АГ (Швейцария).
9. WIBG GmbH / ВИБГ ГмбХ (Германия).
10. WIEN GmbH / ВИЕХ гмбХ (Германия).
11. WINGAS GmbH / ВИНГАЗ гмбХ (Германия).
12. WINGAS UK Ltd. / Вингаз ЮКЭЙ лтд. (Великобритания).
13. WINGAS Sales GmbH / ВИНГАЗ сэйлз ГмбХ (Германия).
14. WINGAS Holding GmbH / ВИНГАЗ холдинг гмбХ (Германия).
15. Industriekraftwerk Greifswald GmbH / Индустрикрафтверк Грайфсвальд ГмбХ (Германия).
16. VEMEX ENERGO s.r.o. / ВЕМЕКС ЭНЕРГО с.р.о. (Словакия).
17. WINGAS Benelux s.r.l. / ВИНГАЗ Бенилюкс с.р.л. (Бельгия).
18. Gazprom Marketing & Trading Ltd. / Газпром Маркетинг энд Трейдинг Лтд.
19. Gazprom Global LNG Ltd. / Газпром Глобал Эл Эн Джи Лтд. (Великобритания).

20. Gazprom Marketing & Trading France SAS / Газпром Маркетинг энд Трейдинг Франц САС (Франция).
  21. Gazprom Marketing & Trading USA Inc. / Газпром Маркетинг энд Трейдинг ЮЭсЭй Инк. (США).
  22. Gazprom Marketing & Trading Switzerland AG / Газпром Маркетинг энд Трейдинг Свитцерланд АГ (Швейцария).
  23. Gazprom Marketing & Trading Singapore PTE. Ltd. / Газпром Маркетинг энд Трейдинг Сингапур ПТЕ. Лтд. (Сингапур).
  24. Gazprom Marketing & Trading Retail Ltd. / Газпром Маркетинг энд Трейдинг Ритэйл Лтд. (Великобритания).
  25. Gazprom Mex (UK) Ltd. / Газпром Мекс (ЮКей) 1 Лтд. (Великобритания).
  26. Gazprom mex (Uk) 2Ltd. / Газпром Мекс (юкей) 2 Лтд. (Великобритания).
  27. PremiumGas S.p.A. / ПремиумГаз С.п.А. (Италия).
  28. VEMEX s.r.o. / ВЕМЕКС с.р.о. (Чехия).
  29. VEMEX ENERGIE a.s. / ВЕМЕКС ЭНЕРГИ а.с. (Чехия).
  30. WIEE ROMANIA SRL / ВИЕЕ РОМАНИЯ СРЛ (Румыния).
  31. EUROPOL GAZ S.A. / АО 'ЕВРОПОЛ ГАЗ' (Польша). ●
-

dgksp-diskussionspapiere, 2022, Mai (ISSN 2627-3470)

Übersetzung und Redaktion: 19. Mai 2022

Rainer Böhme

Oberst a. D., Dr. rer. mil.

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats  
von *WeltTrends – das außenpolitische Journal*